

ENTWURF

zuhanden der Delegiertenversammlung vom 26. Januar 2019

Parteiprogramm der SVP Schweiz 2019-2023

Inhalt

Freiheit und Sicherheit	2
Wir sind Heimat	4
Aussenpolitik	6
Wirtschaft und Wohlstand	11
Finanzen, Steuern und Abgaben	15
Eigentum stärken – Freiheit stärken	18
Ausländerpolitik	21
Asylpolitik	25
Sicherheit, Recht und Ordnung	30
Armee	33
Sozialwerke	36
Gesundheit	39
Landwirtschaft	42
Verkehr	45
Energie	49
Umwelt	52
Medien	55
Internet und Digitalisierung	58
Sport	60
Kultur	62
Bildung	65
Religion	68
Mensch, Familie, Gemeinschaft	71

Freiheit und Sicherheit

«Wir wollen frei sein, wie die Väter waren.» Die Botschaft des Bundesbriefes von 1291 gilt für die Schweiz noch heute. Ohne Freiheit gibt es keine Selbstbestimmung. Die Schweizerische Volkspartei setzt sich ohne Wenn und Aber für eine freie Schweiz ein, in der die Bürgerinnen und Bürger selber bestimmen können, was sie wollen und was sie nicht wollen. Unsere Freiheit ist keine Selbstverständlichkeit. Sie muss immer wieder verteidigt werden, gegen Druckversuche von aussen – aber auch von innen. Gegen all jene, welche die Bürgerinnen und Bürger bevormunden und die direkte Demokratie aushebeln wollen.

Seit über hundert Jahren kämpft die SVP für die Freiheit und Sicherheit der Schweizerinnen und Schweizer. Das ist der Kernauftrag unseres Staatswesens. Wir erwarten von unserem Rechtsstaat, dass er uns gegen innen und aussen Sicherheit gibt, damit jeder und jede sich in Frieden und Freiheit entfalten kann. Doch der Staat kümmert sich heute um alles Mögliche, aber viel zu wenig um seine Kernaufgabe: die Erhaltung der freiheitlichen Rechte des Volkes und den Schutz der Menschen vor Verbrechen und Verbrechern.

Für mehr Freiheit

Zu unserer Freiheit gehört die persönliche Mitbestimmung auf den Ebenen Gemeinde, Kanton und Bund. Doch genau dieses zentrale Freiheitsrecht, dieser weltweite Sonderfall ist heute massiv bedroht – von innen noch mehr als von aussen. Die direkte Demokratie soll abgeschafft werden. Unser Stimmrecht soll nichts mehr gelten. Einer Mehrheit von Bundesrat, Parlament und Bundesgericht will das Bürgerrecht der direktdemokratischen Abstimmung ausser Kraft setzen. Denn sie haben das Zaubermittel des «internationalen Rechts» gefunden, um den Willen des Volkes auszuschalten und für null und nichtig zu erklären. Zur Demokratie gehört auch die freie Meinungsäusserung. Die SVP kämpft gegen Maulkörbe und gegen politisch korrekte Gesinnungsdiktate.

Bedrohung der direkten Demokratie

Vermeintliche politische Eliten wollen unsere freiheitliche Bundesverfassung unter dem Vorwand des «internationalen Rechts» aushebeln und uns dem Zwang des Auslandes unterwerfen. Sie wollen Volksinitiativen nicht umsetzen. Sie wollen uns schleichend und ohne Volksabstimmung in die EU führen. Die direkte Demokratie ist ihnen unangenehm und lästig geworden. Warum? Weil sie durch demokratische Entscheide gezwungen sind, Mass zu halten. Die meisten in Bundesbern kungeln lieber mit dem Ausland, um sich selber Macht, Privilegien, hohe Saläre und Prestige zu verleihen. Unter Freiheit verstehen wir aber ein Leben in einer selbstbestimmten, nicht in einer fremdbestimmten Schweiz. Die SVP kämpft gegen solche Missbräuche des Amtes und setzt sich ein für die Demokratie und damit für freie Bürger in einem freien Land, für die freie Wahl der Lebensform, des Arbeitsplatzes, der Freizeitgestaltung und der Verkehrsmittel. Freiheit bedeutet auch tiefere Steuern und Abgaben, einen besseren Schutz unseres Eigentums und die Freiheit vor Not für unsere werktätigen wie pensionierten Bürgerinnen und Bürger.

Gefährdung der Sicherheit im Alltag

Die SVP lässt nicht zu, dass der Staat unsere Sicherheit immer weniger schützt, die Grenzen nicht kontrolliert und ausländische Verbrecher nicht ausschafft. Die Massenzuwanderung und eine verfehlte Asylpolitik haben dazu geführt, dass Menschen in unser Land strömen, deren Identität wir teilweise nicht einmal kennen. Viele Frauen und ältere Mitbürger wagen sich nachts nicht mehr auf die Strasse. Morde, Messerstechereien, Vergewaltigungen, Einbrüche, Drohungen und Raub gehören zur Tagesordnung. Unser schönes Land droht zu verrohen und zu verلودern. Polizisten, ja sogar Sanitäter, werden angegriffen. Manchenorts herrscht das Faustrecht, in den Städten kommt es zu Ausschreitungen, Hausbesetzungen und sogar zu Strassenschlachten. Der Anteil von Ausländern an den Straftaten ist alarmierend hoch.

Massenzuwanderung schafft Unsicherheit

Die Arbeitsplatzsicherheit ist vor allem durch die Personenfreizügigkeit für Ausländer aus dem EU-Raum bedroht. Die SVP kämpft für die eigenständige Steuerung der Zuwanderung, für einen echten Inländervorrang und für die Wiedereinführung der bewährten Ausländerkontingente. Unsere soziale Sicherheit ist gefährdet, denn kein Sozialstaat funktioniert ohne Grenzen. Das Pro-Kopf-Einkommen stagniert. Und die Erwerbslosenquote gemäss ILO ist, trotz guter Wirtschaftslage, auf einem Rekordhoch.

Die SVP will die AHV-Renten sowie die Invaliden- und Arbeitslosenversicherung finanziell sichern. Sie setzt sich ein für eine produzierende Landwirtschaft, die uns ein Stück Ernährungssicherheit bietet. Unsere Armee ist heute auf Grund des stetigen Abbaus durch Armeeabschaffer, immer weniger in der Lage, ihren Auftrag zu erfüllen. Die SVP kämpft für eine glaubwürdige Landesverteidigung und einen entsprechenden Bevölkerungsschutz.

Denn das ist SVP: Freiheit und Sicherheit.

Wir sind Heimat

Die Schweiz hat eine eigene Geschichte, sie ist geprägt von ihren **Kulturen**, von ihren **Traditionen**, ihren **Werten** und den **Menschen**, die hier im friedlichen Miteinander leben.

Die Schweiz ist unsere Heimat. Es gibt kein Miteinander ohne Emotionen. Unsere Berge, Seen, Täler und Landschaften lösen Emotionen aus. Auch unsere Volkskultur, das Brauchtum, die Traditionen wurzeln tief im schweizerischen Seelenspeicher.

Die Heimat beginnt im Kleinen: in der **Familie**, in der Nachbarschaft, im Quartier, im Dorf. Wer ein positives Gefühl für seine nähere Umgebung hat, kümmert sich, setzt sich ein, übernimmt Verantwortung im Gemeinwesen.

Das wichtigste Fundament ist die Familie. Väter und Mütter erziehen ihre Kinder, sie leben unsere Schweizer Werte vor, sie vermitteln den Respekt vor dem, was die vorangegangenen Generationen geleistet haben. Diese Schweiz ist nicht selbstverständlich. Jede Generation muss dieses Geschenk neu verdienen: indem wir Sorge tragen zur Schweiz. Indem wir vorbehaltlos einstehen für die Schweiz. Indem wir die Heimat wahren und weitergeben.

Die Schweiz lebt vom **Milizsystem**, davon dass sich die Bürgerinnen und Bürger freiwillig und ehrenamtlich engagieren, statt nur nach mehr Staat zu rufen. Heimat wächst von unten: im persönlichen Engagement in den Vereinen, Parteien, Behörden und in der Nachbarschaft, bei Anlässen, Festen und Feiern. Eigenverantwortung übernehmen – das ist Schweiz!

Heimat ist **Vertrautheit**. Heimat ist das, was wir vermissen, wenn wir auswärts sind. Den Schweizer Dialekt, die Musik, das frische Trinkwasser, knuspriges Brot, den Cervelat, ja sogar das «Aromat». Manchmal hilft es, fortzugehen, um zu erkennen, was uns die Heimat, was uns die Schweiz bedeutet.

Es geht aber auch um die Leute, die zu uns kommen. Welche Schweiz präsentiert sich ihnen? Integration kann nur funktionieren, wenn die Schweiz als selbstbewusstes Land mit klaren Eckwerten auftritt. Integration muss ein klar definiertes Ziel haben: Die Schweiz ist **Heimat** für jeden, der sich zu den schweizerischen Werten bekennt und sie lebt.

Patriotismus ist ein positives Gefühl. Wir dürfen stolz und dankbar sein, in der Schweiz leben zu dürfen. Die Schweiz hat nie einem Blut- und Boden-Nationalismus gehuldigt. Die Schweiz war nie eine Monarchie, sie ist nie einem Diktator hinterhergerannt, noch hat sie sich von den mörderischen Utopien des Sozialismus blenden lassen.

Dieser Widerwille gegen jede Form der Bevormundung, ob von aussen oder von innen, liegt in der Entstehung der Schweiz begründet. Die Schweiz ist gewachsen, sie zeigt seit Jahrhunderten ihren Willen zur **Unabhängigkeit**. Wir haben eine demokratische **Mitbestimmung** der Bevölkerung, die bis in die Anfänge der Eidgenossenschaft zurückgeht.

Wilhelm Tell steht für das Recht auf **Widerstand**, Arnold von Winkelried für das eidgenössische Prinzip **«Einer für alle, alle für Einen»**, Bruder Klaus für eine Schweiz der **Selbstbescheidung** («Machet den Zaun nicht zu weit»), welche politische, sprachliche oder konfessionelle Gegensätze überwindet im Bekenntnis zur gemeinsamen Heimat. Die tiefere Botschaft – **Selbstbestimmung** statt Fremdbestimmung – steht jedem offen, ungeachtet seiner Herkunft. Darin liegt die Integrationskraft der schweizerischen Idee.

Die Linke hat ein gestörtes Verhältnis zur Heimat. Ihr selbstquälerischer Umgang mit der Schweiz schadet unserem Land – und auch der Integration: Wer sich nicht selber zur Schweiz bekennt, muss sich nicht wundern, wenn sich unter Migranten Parallelgesellschaften bilden oder extremistische Strömungen, wie etwa der politische Islam, ins Vakuum vorstossen. Wer die Heimat negiert und verachtet, drängt auch in die Europäische Union und zerstört damit willentlich die Grundlagen der schweizerischen Identität.

Bekenntnis zur schweizerischen Heimat

- Wir übernehmen Verantwortung für unsere Schweiz: Jede und jeder so viel wie er vermag.
- Wir tragen Sorge zu unserer Heimat: im persönlichen Alltag wie auch in der politischen Haltung.
- Wir rücken die Heimat und ihre Geschichte ins Zentrum: Die schweizerische Identität ist das Resultat ein über Jahrhunderte gewachsenen Willen zur Selbstbestimmung, zur Neutralität zur direkten Demokratie und der Abwägung der Interessen aller Bürgerinnen und Bürger.
- Wir sorgen für Wurzeln: Schülerinnen und Schüler sollen den Schweizer Psalm ebenso kennen und erleben wie die Schweizer Geschichte, Schweizer Geographie und die Bräuche und Traditionen sowie die christlichen Feiertage.
- Wir setzen uns ein für die Flügel unserer Heimat und tragen Sorge zur Tradition und zum lokalen Brauchtum, damit sie auch in Zukunft lebendig bleibt.
- Wir tragen aber auch Sorge zur Kulturlandschaft und Natur, die Basis unserer schönen Schweiz.
- Wir bieten eine neue Heimat für Zuwandernde: Wer in die Schweiz kommt und sich anpasst, findet in der Schweiz eine Heimat. Wer sich nicht zu den schweizerischen Werten bekennen will, ist frei sich eine andere Heimat zu suchen.
- Wir stehen zum Schweizer Wappen und seinem Kreuz. Unser Land, unsere Kultur sind christlich geprägt. Zur Schweiz gehört aber auch die Religions- und Glaubensfreiheit, solange diese nicht im Widerspruch stehen zu den schweizerischen Werten, die unser Staatsverständnis und unsere Rechtsordnung prägen. Jeder, der in der Schweiz lebt oder leben will, hat diese gewachsene Kultur zu respektieren.

Aussenpolitik

Unabhängigkeit und Selbstbestimmung

Die SVP setzt sich für die Wahrung einer unabhängigen und neutralen Schweiz ein. Der Ausverkauf der Schweizer Souveränität und Selbstbestimmung durch die politischen Eliten muss gestoppt werden. Deshalb darf unser Land nicht weiter schleichend in internationale Gebilde, wie etwa die EU, eingebunden werden. Die SVP bekennt sich auf der Basis der Neutralität zu einer glaubwürdigen Politik der guten Dienste, der Vermittlung und der humanitären Hilfe.

Verfassung missachtet

Das Ziel der Schweizer Aussenpolitik ist in Artikel 2 der Bundesverfassung festgeschrieben: „Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und Sicherheit des Landes.“ Das Volk als Souverän bestimmt in Freiheit und Unabhängigkeit über die Geschicke und die Zukunft der Schweiz. Diese in unserer Bundesverfassung verankerten Werte wie Freiheit, Selbstbestimmung, Unabhängigkeit und Neutralität werden von Bundesrat, Bundesverwaltung, aber auch von Gerichten und verschiedenen Rechtsprofessoren schleichend unterwandert.

Neutralität wird ausgehöhlt

Gerade das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) bemüht sich kaum mehr um eine neutrale Haltung in Konflikten. Diplomaten und Bundesräte lassen sich lieber im Scheinwerferlicht feiern und schlagen sich offen auf eine Seite in machtpolitischen Auseinandersetzungen. Dabei würde es der Schweiz besser anstehen, wenn sie eine umfassend neutrale Haltung einnehmen würde, damit sie als glaubwürdige Vermittlerin zwischen Konfliktparteien ihre guten Dienste anbieten könnte. Es widerspricht auch diametral der Neutralität, wenn die Schweiz einen Sitz im UNO-Sicherheitsrat anstrebt. Dies ist aber seit Jahren der Plan der Classe politique in Bern. Der UNO-Sicherheitsrat ist der Ort, wo über den sogenannten Weltfrieden und somit auch über Kriege und Sanktionen bestimmt wird. Dabei eine unparteiische Haltung einzunehmen, ist nicht möglich. Diese Einmischung in das weltweite Gerangel um Macht und Ansehen kann dem neutralen Kleinstaat Schweiz aber keinerlei Vorteile bringen.

Internationales Recht wird priorisiert

Heute wird das internationale Recht höher eingestuft als das im eigenen Land von Parlament und Volk erlassene Recht. Dies zeigt sich darin, dass immer mehr Volksinitiativen nicht oder nicht korrekt umgesetzt werden. Dieses fremde Recht, das oft trügerisch als «Völkerrecht» betitelt wird, ist aber wenig oder oft überhaupt nicht demokratisch legitimiert. Auch der Bezug zu den Menschenrechten ist irreführend. Was heute im politischen Kalkül um Macht und Einfluss als Menschenrechte bezeichnet wird, hat nichts mehr mit der anfänglichen Bedeutung zu tun,

sondern ist eine Weiterentwicklung und ausdehnende Interpretation der ursprünglichen Charta der Menschenrechte durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Die internationalen Gerichte legen ihre Zurückhaltung immer mehr beiseite, mischen sich in nationales Recht ein und missachten die Verfassungen der Staaten. Selbstbestimmung und Eigenständigkeit bei der Rechtsetzung werden damit immer mehr ausgehöhlt. Die ordnungspolitische Errungenschaft der Gewaltentrennung geht verloren.

Der schleichende EU-Beitritt

Selbstbestimmung bedeutet: keine institutionelle Einbindung an die EU und damit keine aufgezwungenen Rechtsübernahmen und keine fremden Richter. Der gefährlichste Angriff auf unsere Selbstbestimmung stellt die geplante institutionelle Anbindung an die EU dar. Der Bundesrat und die EU planen den Abschluss eines Rahmenabkommens. Dieses sieht vor, dass die Schweiz sich der Rechtsentwicklung und Rechtsprechung der EU unterwerfen muss. Damit einher geht die Übernahme der EU-Gesetze. Diese Rechtsübernahme soll „dynamisch“ erfolgen. Das bedeutet im Klartext nichts anderes, als dass die Schweiz Sanktionen unterworfen werden kann, wenn sie EU-Vorgaben nicht übernimmt oder nicht so, wie es die EU gerne hätte. Ob die Schweiz im Einzelfall nach dem Gusto der EU handelt, würden EU-Richter entscheiden. Dieser unterwürfige und in die Abhängigkeit führende Pfad darf nicht beschritten werden. Die Schweiz muss ihre Unabhängigkeit behalten, um ihren Wohlstand und ihren wirtschaftlichen Erfolg verteidigen zu können.

Gute Dienste

Das Engagement des Roten Kreuzes, der humanitäre Einsatz der Schweiz und der Standort des internationalen Genfs gehören zu unserem positiven internationalen Renommee und stützen die unparteiische und allseitig offene Haltung der Schweiz. Diese erfolgreiche Rolle ist jene des Sanitäters am Spielfeldrand, der rasch, unbürokratisch, unauffällig und unparteiisch Erste Hilfe leistet. Die diskreten diplomatischen Bemühungen um Frieden und Versöhnung sind den lauten Deklarationen im Rahmen des Konferenztourismus vorzuziehen. Während das humanitäre Engagement bestehen bleiben soll, muss bei der Entwicklungshilfe aufgeräumt werden. So sollte beispielsweise das Ausrichten von Entwicklungshilfegeldern an Rücküberführungsabkommen für Asylbewerber und illegale Migranten gekoppelt werden. Statt die öffentlichen Ausgaben für Entwicklungshilfe immer weiter zu erhöhen, ist die private Spendenbereitschaft durch Steuerentlastung zu fördern.

Auslandhilfe beschränken

Trotz jahrzehntelangen Zahlungen von immensen Summen Entwicklungshilfe durch den Westen, geht es etwa dem afrikanischen Kontinent nicht entscheidend besser als früher. Bürgerkriege, Korruption und Staatszerfall bedrohen viele Länder. Nach wie vor halten die Migrationsströme von Süd nach Nord an und lassen nur einen Schluss zu: Die teuren staatlichen Hilfsprojekte der letzten Jahrzehnte haben ihr Ziel verfehlt. Die Entwicklungshilfe begünstigt und ermöglicht sogar die Migration. Oft werden nicht nur öffentliche Mittel verschwendet, sondern diktatorische, korrupte Regimes und Clans indirekt am Leben erhalten. Dies zeigt, dass grosser Handlungsbedarf besteht. Die Mittel dürfen nicht erhöht werden. Endlose

dauernde Entwicklungshilfeprojekte, die sich als Fass ohne Boden erweisen, sind zu unterbinden.

Unparteilichkeit zahlt sich aus

Der Bundesrat muss wieder zu einem dauernd bewaffneten, immerwährenden und umfassenden Neutralitätsverständnis zurückkehren. Umfassende Neutralität meint dabei nicht nur eine rein juristisch und militärisch verstandene Neutralität (Neutralitätsrecht), sondern zusätzlich eine gelebte Neutralität (Neutralitätspolitik), die das gesamte Handeln der Regierung in der Aussenpolitik jederzeit zur Unparteilichkeit und Nichteinmischung verpflichtet. Die Schweiz benötigt dafür aber auch die Verteidigungsbereitschaft in Form einer einsatzbereiten Milizarmee mit genügend Personal, Budget und Material, welche die Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz erst glaubwürdig macht. Der Bund darf keine einseitige Sanktionspolitik (diplomatisch, finanziell und wirtschaftlich) mittragen, auch nicht solche der UNO, der EU oder der OSZE.

Beziehungen zur ganzen Welt

Die Schweiz hat zudem ihre Bestrebungen zu intensivieren, mit allen Staaten und Organisationen Handel zu treiben und sich in diesem Bereich nicht einseitig auf die EU zu fokussieren. Zu dieser universalistischen Aussenhandelspolitik gehört die bewusste Diversifikation durch ausgewogene Freihandelsabkommen mit möglichst vielen Staaten, denn Handel ist die beste Grundlage für freundschaftliche Beziehungen und dauerhaften Frieden. So sind wirtschaftliche Verknüpfungen auch Ausdruck von gegenseitigen gemeinsamen Interessen. Wirtschaftspolitische Beziehungen bedürfen keiner politischen Institutionen, Organisationen und Anbindungsversuchen. Das eigene Recht muss dem Recht bürgerferner internationaler Institutionen vorgehen. Vereinheitlichung und Gleichmacherei widersprechen sogar dem Freihandel. Freiheit, Innovation und Erfolg leben von Konkurrenz und Wettbewerb.

Erfolgreiche Schweiz dank EWR-Nein

Die Bürgerferne und die Demokratiedefizite der Brüsseler Bürokratie sind zu Recht Gegenstand ständiger Kritik. Die Schweiz ist demgegenüber in sämtlichen Ranglisten der EU überlegen: bei Standortattraktivität, Wohlstand, Sozialsystem, Verschuldung, ja sogar beim Glücksgefühl der Bürgerinnen und Bürger. Wenn die Schweiz heute nicht Mitglied der EU ist, verdankt sie dies nicht den selbstgefälligen Eliten in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Medien, sondern einzig dem Sonderfall der direkten Demokratie mit Mitspracherechten des Volkes. Und es ist das Verdienst der SVP, seit über zwei Jahrzehnten auf der Seite der Bevölkerung gegen den EU- und EWR-Beitritt gekämpft zu haben. Interessanterweise läutete der Nichtbeitritt zum EWR entgegen allen Vorhersagen und Behauptungen nicht den Untergang der Schweiz ein. Der Schweiz geht es seit den Neunzigerjahren wirtschaftlich besser denn je – dies gerade wegen der Eigenständigkeit und Unabhängigkeit. So erstaunt es, dass im Verhältnis zur EU heute wieder die alte Leier ertönt: Ohne Anbindung oder ohne weitere Abkommen mit der EU würden wir in die Armut verfallen, posaunen Verwaltung und Wirtschaftsfunktionäre ins Land hinaus. Offensichtlich ist aber diesen Angstmachern nicht zu glauben.

Keine Einbindung an die EU

Die Schweiz braucht zwar gute wirtschaftliche und freundschaftliche Beziehungen zur EU, aber keinesfalls sind wir auf eine staatliche Einbindung angewiesen, die uns einzig in die Unterwürfigkeit führt. Bilaterale Beziehungen und Verträge in beidseitigem Interesse sind zu befürworten, aber keine EU-Integrationspolitik, die als Endziel den EU-Beitritt hat oder uns immer abhängiger und angepasster macht, bis wir schleichend doch drin sind. Die Selbstbestimmung und Unabhängigkeit der Schweiz sowie die Volksrechte müssen gestärkt werden. Weitere Anpassungen und Angleichungen an die EU dürfen nicht hingenommen werden. Wieso sollten wir uns einem offensichtlich schlechteren System angleichen, das geprägt ist von hoher Jugendarbeitslosigkeit, Armutssymptomen, Bürgerferne, Bürokratie und Zentralismus? Die erfolgreichen Werte der Schweiz, wie Freiheit, Unabhängigkeit, Neutralität, direkte Demokratie, Föderalismus und Marktwirtschaft, müssen unablässig verteidigt werden.

Die SVP ...

- verlangt als oberste Ziele unserer Aussenpolitik die Gewährleistung von Freiheit, Selbstbestimmung, Volksrechten, Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz;
- verlangt, dass die Schweiz als Kleinstaat die bewährte Leistung guter Dienste durch Diplomatie, IKRK und Korps für humanitäre Hilfe lebt, statt das Grossmachtparkett anzustreben;
- verlangt, dass die Schweiz bei internationalen Krisen Zurückhaltung übt, anstatt vorschnell mit dem Finger auf andere zu zeigen, einseitige Verurteilungen vorzunehmen und Sanktionen auszusprechen;
- verlangt, dass die Schweizer Delegierten in internationalen Gremien (z.B. UNO, OECD etc.) verstärkt die Interessen einer unabhängigen Schweiz vertreten;
- widersetzt sich dem Einsitz der Schweiz im UNO-Sicherheitsrat;
- bekämpft den schleichenden EU-Beitritt;
- setzt sich für die Weiterverfolgung des bilateralen Wegs mit der EU auf Augenhöhe ein;
- ist gegen die EU-Kohäsionsmilliarde ohne gleichwertige Gegenleistungen;
- ist für eine starke Reduktion der staatlichen Entwicklungshilfeausgaben und Verschiebung frei werdender Mittel in die AHV, zur Sicherung der Renten;
- verlangt, dass die Entwicklungshilfe an die Rücknahme von Asylbewerbern gekoppelt wird und die Asylausgaben vollumfänglich zur Entwicklungshilfe gezahlt werden;
- strebt, unter Berücksichtigung der Landwirtschaftsinteressen, Beziehungen mit allen Staaten der Welt auf der Basis von Freihandelsabkommen an, statt sich auf die EU zu fixieren.

Das bringt mir:

- als Stimmbürger die Sicherheit, auch in Zukunft selber bestimmen zu können, welche Regeln in der Schweiz zu gelten haben;
- als Unternehmer gute Beziehungen zur ganzen Welt und weniger Bürokratie;
- als Steuerzahler die Gewissheit, nicht für die Misswirtschaft anderer Länder mitbezahlen zu müssen;
- als Bürger eine Regierung, die sich für die Interessen der Schweiz und ihrer Bürger einsetzt, statt das Rampenlicht der Weltbühne zu suchen.

Wirtschaft und Wohlstand

Mehr Wirtschaftsfreiheit statt Bürokratie

Die SVP kämpft für mehr unternehmerischen Freiraum und gegen immer neue Gesetze und Verbote, die unsere Unternehmen belasten. Die Tendenzen der vergangenen Jahre, den liberalen Arbeitsmarkt immer mehr zu regulieren, die Energie und den Transport zu verteuern und den bürokratischen Aufwand zu vergrössern, sind endlich zu stoppen. Unseren erfolgreichen kleinen und mittleren Unternehmen, aber auch den vielen grossen Firmen mit Sitz in der Schweiz ist Sorge zu tragen. Die SVP steht zur Schweizer Qualität und kämpft für konkurrenzfähige Rahmenbedingungen, um Arbeitsplätze in der Schweiz zu sichern.

Schwierige Zeiten für eine liberale Wirtschaftspolitik

Sozial ist, wer Arbeitsplätze schafft. Denn Arbeit ist das zuverlässigste Mittel gegen die Armut. Darin liegt es begründet, weshalb liberale Marktwirtschaften historisch und weltweit am erfolgreichsten sind und am wenigsten Armut aufweisen. Unser Land ist wirtschaftlich zwar noch immer recht gut positioniert. Doch die Produktivität und das Pro-Kopf-Einkommen stagnieren in der Schweiz, resp. wachsen nur noch langsam. Nur wenn die Unternehmen vorteilhafte Bedingungen vorfinden, in denen sich Investitionen lohnen, werden auch Arbeitsplätze und Wohlstand geschaffen.

Die öffentliche Hand wächst

In den vergangenen Jahren ist die Beschäftigung fast nur noch im öffentlichen Sektor, in der Verwaltung, im Gesundheitswesen und im Sozialbereich gewachsen. Die in grosser Zahl neu geschaffenen Staatsstellen belasten nicht nur die Steuerzahler, sondern auch die Wirtschaft. Mehr Beamte führen automatisch zu noch mehr staatlicher Bürokratie, Aktionismus und noch mehr Rechtsübernahme von der EU. Anstelle von Markt und Wettbewerb treten sodann staatliche Vorschriften und Interventionismus sowie internationale Gleichmacherei, welche die Unternehmer aus dem Markt drängen. Unnötige Monopole wie die Post, die Suva oder die SRG verteuern zudem die Dienstleistungen und verhindern echte Konkurrenz.

Finanzplatz unter Dauerbeschuss

Das normale unternehmerische Ziel jedes Unternehmers, Arbeitgebers und Gewerbetreibenden, Gewinn zu erzielen, wird inzwischen moralisch in Frage gestellt. Dabei sind tüchtige Unternehmer und Gewerbetreibende, mit ihrem Arbeitsplatzangebot, die wahren Sozialarbeiter in unserem Land. Besonders unter Druck stand der Finanzplatz. Der Banken-, Versicherungs- und Finanzsektor erbringt gegen 10 Prozent der gesamtschweizerischen Wirtschaftsleistung. Neid und bankrotte ausländische Staatskassen machen diese Branche immer wieder zu einem Ziel für feindliche Angriffe aus dem Ausland, die im Inland bis in den Bundesrat hinein willfähige Gehilfen finden. So wurde das Bankkundengeheimnis und die finanzielle Privatsphäre gegenüber dem Ausland de facto abgeschafft und die Standortvorteile

mit Verweis auf internationale Standards oder den Konsumentenschutz vollumfänglich preisgegeben.

Die finanzielle Privatsphäre der Bürger gegenüber dem Ausland ist bereits schwer angeschlagen. Die SVP lehnt jede weitere Aushöhlung der Privatsphäre durch eine Ausdehnung des Informationsaustauschs ab, denn derartige Bestrebungen, insbesondere Automatismen, widersprechen wichtigen Grundsätzen der Schweiz, wie dem Schutz der Privatsphäre oder einem auf Treu und Glauben aufbauenden Verhältnis zwischen Bürger und Staat.

Privatsphäre der Schweizerinnen und Schweizer unantastbar

Insbesondere das Bankkundengeheimnis im Inland muss auch in Zukunft Bestand haben. Personen mit Wohnsitz oder Unternehmen mit Sitz in der Schweiz, sollen weiterhin in ihrer finanziellen Privatsphäre geschützt werden. Im Bereich der europäischen und globalen Rechtsetzung kämpft die SVP weiterhin dafür, dass die Schweiz nur jene internationalen Standards übernimmt, die zwingend sind, um den globalen Marktzugang zu sichern.

Dabei muss wieder in Erinnerung gerufen werden, dass die Schweizer Finanzbranche ihre starke Stellung dem Know-how, der politischen und wirtschaftlichen Stabilität des Landes, der Rechtssicherheit, der Sicherheit des Landes im Allgemeinen und der Wahrung der finanziellen Privatsphäre verdankt. Abgesehen vom Know-how sind diese Erfolgssäulen heute gefährdet.

Tourismus unter Druck

Auch der Tourismus mit seinen zahlreichen Arbeitsplätzen ist für die Schweizer Wirtschaft von grosser Bedeutung. Der einzigartigen landschaftlichen Schönheit unseres Landes stehen jedoch auch belastende Faktoren wie kriselnde ausländische Währungen, hohe Kosten oder veraltete Strukturen gegenüber. Viele, aber nicht alle Probleme können die Tourismusunternehmen alleine bewältigen. Sie sind jedoch auf positive Rahmenbedingungen angewiesen. Im Kampf gegen die Kostenexplosion unterstützt die SVP die Beibehaltung des Mehrwertsteuer-Sondersatzes für die Hotellerie und Gastronomie.

Kleine und mittlere Unternehmen stärken

Mehr als 99% der Unternehmen in der Schweiz sind kleine und mittelgrosse Unternehmen (KMU) mit weniger als 250 Mitarbeitenden. Zwei Drittel der schweizerischen Angestellten sind in KMU beschäftigt. Die KMU stellen damit das Rückgrat unserer Volkswirtschaft dar. Die SVP ist sich deren Stellenwert bewusst und setzt sich besonders für ihr Wohlergehen ein. Die Nationalrätinnen und Nationalräte der SVP haben bei den KMU-relevanten Geschäften Gewerbeanliegen am stärksten unterstützt, wie eine Untersuchung des Schweizerischen Gewerbeverbandes belegt. Eine Auswertung von 215 Abstimmungen zu 169 KMU-relevanten Themen im Nationalrat zeigte schon 2015: Unter den ersten 50 Nationalräten finden sich 41 Mitglieder der SVP. Im Ständerat belegen SVP-Vertreter die ersten vier Ränge. Keine andere Partei vertritt Wirtschaft und Gewerbe so konsequent wie die SVP. Unnötige Regulierungen, neue Gesetze, Vorschriften und Verbote, sowie automatische Rechtsübernahmen von der EU, die Gift für die Unternehmen und Gewerbebetriebe sind, lehnt die SVP ab.

Schutz des flexiblen Arbeitsmarkts bedeutet Schutz vor Arbeitslosigkeit

Ein flexibler Arbeitsmarkt ist der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit und ermöglicht einem Maximum von Personen den Zugang zum Arbeitsmarkt und ein gutes Auskommen. Ein liberales Arbeitsrecht und eine freie, dezentrale Lohnbildung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind die Trümpfe des schweizerischen Arbeitsmarktes.

Jedoch haben seit der Einführung der Personenfreizügigkeit im Jahr 2002 die Gesamtarbeitsverträge (GAV) in der Schweiz massiv zugenommen. Heute unterstehen über zwei Millionen Erwerbstätige einem GAV. Die Gewerkschaften agieren als offizielle Vertreter für über die Hälfte aller Beschäftigten, obwohl lediglich 15 Prozent der Erwerbstätigen Mitglied in einer Gewerkschaft sind. Alarmierend ist die Tatsache, dass der Bundesrat und die Kantone vermehrt via allgemeinverbindlichen GAV den Arbeitsmarkt regulieren. Die Anzahl der allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsverträge hat sich seit 2001 mehr als verdoppelt.

Forschungs- und Innovationsplatz

Innovation ist der Treiber für wirtschaftliche Entwicklung. Die Schweiz mit ihren hohen Kostenstrukturen, dem kleinen Heimmarkt und fehlenden Rohstoffen, ist zwingend auf Innovation angewiesen und gilt daher als Innovationsweltmeisterin. Der Forschungs- und Innovationsplatz ist auf günstige Rahmenbedingungen angewiesen. Dazu gehören gut ausgebildete Personen, eine zurückhaltende Regulierung, ein konkurrenzfähiges Steuerumfeld, politische Stabilität sowie der Schutz des geistigen Eigentums. Deshalb ist auch zu unserem einzigartigen dualen Berufsbildungssystem Sorge zu tragen, welches den weltweit besten Schutz vor Jugendarbeitslosigkeit darstellt und für gut ausgebildete Berufsleute sorgt.

Handel mit der ganzen Welt

Freihandel, also ein internationaler Austausch von Gütern und Dienstleistungen, der nicht durch Zölle und andere Handelshemmnisse behindert wird, ist der Motor der Weltwirtschaft. Als stark vom Export abhängiger Kleinstaat, der jährlich Waren im Wert von über 220 Milliarden Franken ausführt (im Jahr 2017 ca. 32 Prozent des BIP), hat unser Land bereits früh einen möglichst barrierefreien Handel und entsprechende Freihandelsabkommen angestrebt. Die Schweiz soll ihre Bestrebungen für den weltweiten Abschluss weiterer Freihandelsabkommen – unter besonderer Berücksichtigung der Landwirtschaft (und des Selbstversorgungsgrades) – verstärken. Aufgrund der sich verändernden Bedeutung der Märkte, insbesondere vor dem Hintergrund der aufstrebenden Schwellenländer, ist es wichtig, dass die Schweiz dabei einen universellen Ansatz verfolgt und sich nicht einseitig auf die EU ausrichtet. Da die Schweiz als unabhängiger Kleinstaat weltweit keine Machtpolitik ausüben kann, ist sie ohnehin auf verbindliche Handelsregeln angewiesen. Aus diesem Grund ist sie denn auch Mitglied der Welthandelsorganisation WTO, welche sich die Ermöglichung und Durchsetzung eines liberalen Welthandels auf die Fahne geschrieben hat.

Zurück zu liberalen Werten

Schlussendlich darf der Staat die Wirtschaft weder konkurrenzieren noch behindern, sondern soll die Grundvoraussetzungen für ein möglichst freies Wirtschaften

bereitstellen. Denn wo die Bürokratie wuchert, wird zwangsläufig das unternehmerische Handeln eingeschränkt und die regulatorischen Kosten laufen aus dem Ruder. Staatlich verordneter, bürokratischer Leerlauf – namentlich die Einflüsse eines möglichen institutionellen Rahmenabkommens mit der EU – schaden den Unternehmen und damit der Schweiz. Die SVP setzt sich deshalb dafür ein, dass anstelle des zunehmenden staatlichen Aktionismus wieder vermehrt auf Eigenverantwortung gesetzt wird.

Die SVP...

- fordert optimale Rahmenbedingungen für die kleinen, mittleren und grossen Unternehmen, die das Rückgrat unseres Wohlstandes bilden;
- fordert mehr Freiheit und weniger Regulierungen, Vorschriften und Verbote, zur Sicherung der bestehenden und Schaffung neuer Arbeitsplätze;
- verlangt, dass der Staat die Wirtschaft weder konkurrenziert noch behindert;
- will den Schweizer Franken als eigenständige und unabhängige Währung erhalten;
- ist gegen die Einschränkung oder Abschaffung des Bargeldes als gesetzliches Zahlungsmittel;
- ist gegen Erhöhungen der Mehrwertsteuer;
- steht zum Schweizer Finanzplatz und zum schweizerischen Bankkundengeheimnis;
- fordert die Sicherung des geistigen Eigentums;
- fordert den Erhalt der strategischen Infrastruktur (Wasser, Energie, Strassen usw.) in Schweizer Händen;
- unterstützt den Forschungs- und Innovationsplatz Schweiz, das Unternehmertum sowie die Jungunternehmer;
- setzt sich ein für tiefere Lohnnebenkosten;
- lehnt Quotenregelungen ab;
- verlangt höhere Hürden für die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Gesamtarbeitsverträgen;
- will den Schweizer Arbeitsmarkt flexibel und modern gestalten, die Arbeitszeiterfassung flexibilisieren und Selbstständigkeit stärken;
- bekämpft sämtliche neuen flankierenden Massnahmen und will die bisherigen reduzieren, sobald die Schweiz die Zuwanderung wieder eigenständig steuert.

Das bringt mir:

- als Arbeitnehmer einen sicheren Arbeitsplatz;
- als Unternehmer mehr Geld für Innovationen;
- als Gewerbler und produzierendem Bauer weniger Bürokratie und Papierkram;
- als Hotelier und Gastronom eine bessere Position am Markt und mehr Kunden;
- Als Bankkunde die Gewissheit, dass auch in Zukunft kein automatischer Zugriff auf meine Finanzdaten erfolgt;
- als Schweizer einen starken Franken als Zahlungsmittel – auch als Bargeld.

Finanzen, Steuern und Abgaben

Mehr dem Mittelstand, weniger dem Staat

Der Staat wächst und wächst. Die Ausgaben des Bundes haben sich seit 1990 mehr als verdoppelt. Die öffentliche Hand übernimmt immer mehr Aufgaben. Da in der Politik die Bereitschaft fehlt, die Ausgabenexplosion in den Griff zu bekommen, werden Steuern, Abgaben und Gebühren erhöht. Die Zeche zahlt insbesondere der Mittelstand. Diese Dynamik ist endlich zu brechen, denn von einem gesunden Mittelstand hängt der Wohlstand des ganzen Landes ab. Jeder Franken, der ausgegeben wird, muss zuerst erarbeitet werden.

Stopp den immer mehr ansteigenden, exzessiven Ausgaben

Trotz positiver Rechnungsabschlüsse befinden sich die Bundesfinanzen, befeuert durch eine expansive Ausgabenpolitik, in einer schlechten Verfassung. Wurden 1990 noch gut 32 Milliarden Franken ausgegeben, waren es 2017 68 Milliarden Franken. Das entspricht mehr als einer Verdoppelung. 2021 möchte der Bundesrat gemäss Finanzplan 76 Milliarden Franken ausgeben. In den letzten Jahren hat der Bund seine Ausgaben Jahr für Jahr um etwas mehr als drei Prozent erhöht. Dies bei einem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum von rund 2%.

Krass ungleiche Behandlung zwischen den Ausgabenbereichen

Während bei Landwirtschaft und Armee seit Jahren eingespart wird, wachsen andere Bereiche ungebremst. Mit Abstand den grössten Ausgabenposten bildet die soziale Wohlfahrt. Sie beansprucht heute über einen Drittel der gesamten Bundesausgaben. Entgegen dem linken Mantra, in der Schweiz werde «Sozialabbau» betrieben und der Staat «kaputtgespart», floriert die Sozialbranche geradezu. Die Bundesausgaben für die soziale Wohlfahrt stiegen allein seit Beginn dieses Jahrtausends von 14 Milliarden Franken (2000) auf 23 Milliarden Franken (Budget 2019), wurden also um mehr als die Hälfte erhöht. Allein für die soziale Wohlfahrt wird somit mehr Geld ausgegeben als für Bildung, Verkehr und Landesverteidigung zusammen.

Die Verwaltung wächst auf unsere Kosten

Auch die Bundesverwaltung ist in den vergangenen Jahren rasant gewachsen. Während der Personalaufwand im Jahr 2007 noch bei 4,5 Milliarden Franken lag, betrug er im 2017 bereits 5,9 Milliarden Franken, stieg also in nur zehn Jahren um über zwanzig Prozent. Ein beachtlicher Anteil dieses Wachstums geht auf neue Stellen und auf Funktionswechsel zurück. Insgesamt arbeiten beim Bund 2017 bereits 36'946 Personen, 2007 waren es noch rund 32'000.

Stopp dem Bussenterror

Neben Steuern, Abgaben und Gebühren, welche in den vergangenen Jahren von Bund, Kantonen und Gemeinden erhöht wurden (z.B. CO₂-Abgaben, Solidaritätsprozent ALV, Abfall- und Abwassergebühren usw.) schantzt sich die öffentliche Hand immer mehr Mittel über Bussen zu. Viele Kantone und Gemeinden haben

ihre Einnahmen daraus in den vergangenen Jahren unauffällig, aber stetig erhöht. Bussen und Gebühren erhalten immer mehr fiskalischen Charakter. Die Wirkung als Strafe oder zur Erhöhung der Sicherheit, tritt in den Hintergrund. Der Mechanismus bei den Bussen ist klar: Dank mehr Busseneinnahmen können die Behörden verhältnismässig einfach auf das Geld der Bürger zugreifen, wogegen die Steuern nur mit Zustimmung des Volks erhöht werden können.

Damit mehr zum Leben bleibt

Wohlstand und Arbeitsplätze lassen sich nur erhalten, wenn die Bürger und Unternehmen wieder freier über ihr Geld verfügen können. Heute müssen wir fast die Hälfte des Jahres für staatliche Zwangsabgaben (Steuern, Prämien, Abgaben und Gebühren) arbeiten. Nur mit einer deutlichen Entlastung durch Senkung der Steuern und Abgaben entstehen wieder mehr Privatinvestitionen, mehr Konsum und damit mehr Wachstum, Arbeitsplätze und Lehrstellen. Die SVP bekämpft deshalb alle neuen Steuern, Abgaben und Gebühren und fordert im Gegenteil steuerliche Entlastungen. Auslegungsfragen sind zugunsten der steuer- und abgabepflichtigen Bevölkerung und Unternehmen zu regeln.

Schlanker Staat

Die SVP macht sich stark für einen kostengünstigen, schlanken Staat. Aus Sicht der SVP ist dabei zentral, dass der Hebel auf der Ausgabenseite angesetzt wird. Es darf nicht sein, dass immer neue Einnahmequellen erschlossen werden, um ständig neue Staatsaufgaben zu finanzieren. Akuten Handlungsbedarf sieht die SVP insbesondere bei den explodierenden Ausgaben für die soziale Wohlfahrt, für die inzwischen jeder dritte Bundesfranken aufgewendet wird. Hier sind strukturelle Massnahmen zur Sicherung unserer sozialen Errungenschaften zwingend. Einen weiteren Ausbau darf es nicht geben. Ebenso sind die massiv steigenden Ausgaben für die Ausland- und Entwicklungshilfe von jährlich über 3.5 Milliarden Franken (2018) zu beschränken.

Steuerwettbewerb erhalten

Die SVP ist die Partei des Föderalismus und damit der Steuerhoheit der Kantone und Gemeinden. Nur so kann Wettbewerb stattfinden, und nur so sind bequem gewordene Behörden gezwungen, ihre Steuerpolitik zugunsten der Bürger statt im Dienst ihrer Verwaltungsinteressen zu gestalten. Dem Druck aus dem Ausland auf das schweizerische Steuersystem ist zu widerstehen. International vorteilhafte steuerliche Sonderregelungen sind nur anzupassen, wenn sie durch steuerliche Erleichterungen in anderen Bereichen kompensiert werden. Die SVP setzt sich für einen konkurrenzfähigen Steuerstandort Schweiz für alle Unternehmen ein.

Fairer nationaler Finanzausgleich

Im Rahmen des nationalen Finanzausgleichs (NFA) werden mit dem Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich Finanzmittel vom Bund zu den Kantonen und zwischen den ressourcenstarken bzw. ressourcenschwachen Kantonen umverteilt. Aus Sicht der SVP muss der Finanz- und Lastenausgleich angemessen und fair sein, damit die Unterschiede zwischen den Kantonen effizient verringert und übermässige finanzielle Lasten aufgrund ihrer strukturellen Bedingungen ausgeglichen werden

können. Dafür braucht es eine Obergrenze beim NFA und positive Anreize für Nehmerkantone, ihre Finanzkraft zu verbessern. Die sogenannte «Solidarhaftung», die haushälterische und erfolgreiche Geberkantone einseitig bestraft, ist aufzuheben.

Die SVP...

- setzt sich ein für tiefere Steuern, Abgaben und Gebühren für alle und lehnt jegliche neuen ab;
- will die Entwicklungshilfeausgaben um eine Milliarde Franken senken und den Betrag in die AHV verschieben;
- kämpft dafür, dass der Staat nicht mehr ausgibt, als er einnimmt, und dass sich die Ausgaben nach den Einnahmen richten und nicht umgekehrt;
- lehnt jede Aufweichung der Schuldenbremse ab. Budgetüberschüsse müssen weiterhin vollumfänglich für den Schuldenabbau verwendet werden;
- verlangt regelmässige und umfassende Aufgabenüberprüfungen, mit denen überflüssige Verwaltungsaufgaben und -einheiten reduziert werden können;
- fordert die Reduktion des Bundespersonals auf den Stand 2015 und eine massive Senkung des finanziellen Personalaufwands in der Zentralverwaltung (Stäbe, Kommunikation, Berater etc.);
- fordert zusätzliche Entlastungsprogramme, die das rasante Ausgabenwachstum beim Bund bremsen;
- setzt sich für eine Reduktion der gebundenen Ausgaben ein;
- setzt sich für ein Finanzreferendum ein, damit das Volk bei Finanzausgaben das letzte Wort hat;
- verlangt, dass der Staat nicht schneller wächst als die Wirtschaft;
- verlangt eine international konkurrenzfähige Unternehmensbesteuerung;
- ist gegen jede Erhöhung der Mehrwertsteuer;
- fordert die Abschaffung der Heiratsstrafe, welche verheiratete Paare steuerlich benachteiligt;
- fordert, dass Bussen nicht als bequeme Einnahmequelle für die Staatskasse missbraucht werden;
- setzt sich für den Erhalt des bewährten Schweizer Steuerföderalismus ein;
- verlangt eine Obergrenze beim NFA insgesamt und für die Geberkantone im Einzelnen;
- will die Solidarhaftung beim NFA abschaffen.

Das bringt mir:

- als Angestellter am Ende des Monats mehr Geld im Portemonnaie und die Sicherung meines Arbeitsplatzes;
- als Konsument tiefere Preise;
- als Auto- und Motorradfahrer weniger Bussenterror und moderate Benzinspreise;
- als Unternehmer mehr Geld für Investitionen in die Zukunft.

Eigentum stärken – Freiheit stärken

Gegen Enteignung, für den Schutz der Privatsphäre

Die Garantie des privaten Eigentums gehört zu den wichtigsten Aufgaben eines freiheitlich-demokratischen Staates. Die SVP setzt sich dafür ein, dass die Bürger über ihre erworbenen materiellen und ideellen Güter frei verfügen können. Dazu gehört, dass der Staat seinen Bürgern möglichst viel Geld im Portemonnaie zu deren freien Verfügung belässt. Immer wichtiger wird aber auch die Verteidigung der Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger. Den gläsernen Bürger darf es nicht geben.

Gegen linke Umverteilung

Wer arbeitet und selbstverantwortlich etwas Geld zur Seite gelegt hat und auch später noch etwas von seinem Ersparten will, hat allen Grund, die linke Politik zu bekämpfen. Denn die meisten ihrer Vorstösse zielen darauf ab, an mehr Geld der anderen zu kommen, den Menschen Eigentum wegzunehmen und dieses umzuverteilen. Niemand denkt materialistischer und eigennütziger als die politische Linke, die jedes Problem mit dem Geld der Anderen lösen will. Egal ob Ausländerintegration, Frühpensionierung, Betreuungsplätze, Kinderkrippen, Tagesschulen, Elternurlaub oder sozialer Wohnungsbau: Alles ist für die Linke eine Frage des Geldes, über das die Classe politique verfügen darf und das umverteilt werden muss.

Der Staat wächst und wächst

Der Staat ist in den vergangenen Jahren immer grösser geworden und hat die Regulierungsdichte stark erhöht. Davon zeugt die massiv angestiegene Fiskalquote (Summe der gesamten Steuern und Abgaben im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt). Wir arbeiten einen immer grösseren Teil des Jahres, um für Steuern, Abgaben und Gebühren aufkommen zu können. Immer mehr Aufgaben, die vormals privat gelöst wurden, übernimmt der Staat. Fünf Monate im Jahr arbeiten wir für den Staat. Damit liegt die Schweiz über dem Schnitt der OECD-Länder.

Mehr Freiheit für Wohneigentum

Das Eigentum der Schweizer wird nicht nur über die zunehmende Steuer- und Abgabenlast bedroht. Auch der Erwerb von Wohneigentum wird durchzunehmende staatliche Auflagen und Einschränkungen bedroht. Dies schadet auch den Mietern, denn nur so lange sich das Investieren, Bauen und Renovieren lohnt, entsteht auch genügend Wohnraum zu angemessenen Preisen. Das Spiel des freien Marktes wird im heutigen Mietrecht durch eine Überreglementierung jedoch stark eingeschränkt. Dazu kommen immer neue Auflagen beim Bauen im Bereich Energie, Sicherheit und Gebühren/Abgaben, die das Wohnen für alle verteuern.

Immer weniger Privates

Neben dem Eigentum wollen uns Linke und andere Staatsgläubige auch die Privatsphäre wegnehmen: Abschaffung des Bankkundengeheimnisses, automatischer Informationsaustausch, Einschränkung des Bargeldverkehrs, Überwachung

auf Schritt und Tritt. Der Staat greift immer unverfrorener in unser Privatleben ein. Ziel ist es dabei stets, die Bürger zu erziehen und ihnen noch mehr Geld aus der Tasche zu ziehen. Die SVP nimmt dies nicht hin.

Die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger ist vielmehr zu achten und zu schützen. Deshalb unterstützt die SVP Bestrebungen, den Schutz der Privatsphäre in der Bundesverfassung festzuschreiben. Ebenso vehement kämpft die SVP für den Erhalt des Bankkundengeheimnisses in der Schweiz und gegen immer mehr Möglichkeiten der Behörden, in die Privatsphäre der Bürger einzugreifen und diese zu überwachen und zu verletzen.

Eigentum stärken

Die SVP setzt sich mit aller Kraft dafür ein, dass die Bürger über ihre rechtmässig erworbenen materiellen und ideellen Güter frei verfügen können. Ohne verfassungsmässig garantiertes Eigentum ist weder das Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen noch eine freie und wohlhabende Gesellschaft möglich. Die Geschichte hat es immer wieder gezeigt: Sobald ein Staat seinen Bewohnern das Eigentum nicht mehr gewährleistet oder gar wegnimmt, sind bald auch Leib und Leben der Menschen gefährdet.

Weniger staatliche Umverteilung

Ebenso kämpft die SVP gegen noch mehr Umverteilung. Im Sinne eines liberal ausgeprägten, auf Eigenverantwortung setzenden Staates soll jeder Bürger sein Eigentum und sein Geld möglichst frei so einsetzen können, wie er selber es für richtig hält. Die SVP will keinen Staat, der den Bürgern ihr sauer verdientes Geld aus der Tasche zieht und es umverteilt – auch dann nicht, wenn die Idee dahinter noch so gut gemeint sein mag. Jeder Bürger weiss selber am besten, wo und wie er sein Geld eigenverantwortlich verwenden will. Wird dieses Prinzip weiter unterhöhlt, führt dies in den Sozialismus, in dem der Staat den Bürgern das Eigentum für die von ihm gesetzten Zwecke wegnimmt.

Weniger Bürokratie im Planungs- und Baurecht

Im Immobilienbereich verlangt die SVP eine Lockerung der mietrechtlichen Bewirtschaftungsvorschriften und der Mietzinskontrolle. Die SVP fordert, dass Haus- und Wohnungseigentum durch steuerliche Anreize gefördert werden. Die heutige Eigenmietwertbesteuerung entfaltet eine eigentumsfeindliche Wirkung und gehört deshalb abgeschafft. Den staatlichen sozialen Wohnungsbau lehnt die SVP ab. Sozialer Wohnungsbau führt immer zu wettbewerbsverzerrenden Effekten, die sich negativ auf private Investitionen auswirken.

Die SVP...

- steht ein für möglichst wenig staatliche Eingriffe und Vorschriften;
- hält den Schutz des privaten Eigentums hoch;
- bekämpft Tendenzen zur Einschränkung der Verwendung von Bargeld und den Rückgriff des Staates auf Sparguthaben sowie Pensionskassengelder;
- setzt sich gegen eigentumsfeindliche Regelungen im Miet- und Baurecht sowie im Immobilienbereich ein;
- befürwortet die Abschaffung der eigentumsfeindlichen Eigenmietwertbesteuerung;

- will eine Abflachung der Progressionssätze bei der Besteuerung;
- verteidigt das geistige Eigentum als wichtige Grundlage des Forschungs- und Produktionsstandortes Schweiz;
- setzt sich für den Schutz der Privatsphäre und gegen eine ausufernde staatliche Überwachung ein.

Das bringt mir:

- als Bürger Selbstbestimmungsrecht;
- als Familie mehr zum Leben;
- als Erwerbstätiger oder Rentner weniger Belastung durch Steuern und Abgaben;
- als Hauseigentümer die Sicherung meines Eigentums;
- als Bankkunde den Schutz meiner Privatsphäre;
- als Unternehmer den verdienten Lohn aus meinen Entwicklungen und Innovationen;
- als Pensionskassen-Versicherter die Sicherheit, dass mein einbezahltes Kapital mir gehört.

Ausländerpolitik

Zuwanderung auf ein gesundes Mass reduzieren

Wer in die Schweiz kommt, soll für sich selbst sorgen können, sich integrieren und an die hiesige Rechtsordnung halten. Die Zuwanderung soll der Schweiz einen Nutzen bringen. Aber die unkontrollierte Einwanderung aus der EU setzt vor allem ältere Arbeitnehmende zunehmend unter Druck. Statt Fachkräften kommen Billigarbeitskräfte und deren Angehörige in die Schweiz. Der Volksentscheid, die Zuwanderung wieder eigenständig zu steuern, muss endlich ernst genommen werden.

Attraktive Schweiz

Die Schweiz ist ein wunderschönes Land mit hoher Lebensqualität sowie beachtlichem Wohlstand - und soll es auch bleiben. Es verwundert nicht, dass die Schweiz für Zuwanderer ein beliebtes Ziel ist. Die Einwanderung in unser Land ist für Ausländer aus wirtschaftlichen, politischen und sozialen Gründen attraktiv. Umso mehr müssen wir darauf achten, dass die Zuwanderung ein gesundes Mass nicht übersteigt. Dafür müssen wir wieder selber bestimmen können, wer und wie viele einwandern dürfen.

Klare Spielregeln aufstellen und durchsetzen

Die Schweiz muss gegenüber Ausländern eindeutige Spielregeln aufstellen und diese konsequent durchsetzen. Es muss für alle klar sein, wer sich hier unter welchen Umständen aufhalten darf. Wer dem Staat zur Last fällt, straffällig wird, sich stur gegen hiesige Sitten und Bräuche stellt oder radikale Tendenzen aufweist, ist auszuweisen. Eine konsequentere Gangart macht unsere Gesetze glaubwürdiger, bringt uns mehr Sicherheit und weniger Sozialkosten. Gleichzeitig werden so jene Ausländer belohnt, die bereit sind, etwas zu leisten, sich gut zu integrieren und die sich an die Spielregeln halten.

Ausgewiesene Spezialisten anstatt Billiglohnarbeiter

International tätige Firmen müssen die besten Talente in die Schweiz holen können, um im weltweiten Wettbewerb zu bestehen. Dies ist wichtig für die Schweiz als Standort führender Forschungseinrichtungen und Hersteller innovativer Produkte. Doch während die Zuwanderung von Spezialisten aus so genannten Drittstaaten (ausserhalb der EU) beschränkt ist, können aus der EU wegen der Personenfreizügigkeit alle in die Schweiz einwandern, unabhängig von ihren Qualifikationen.

Wohlstand stagniert wegen Zuwanderung

Wirtschaftsverbände wie die «economiesuisse» behaupten, die Schweiz habe von der Personenfreizügigkeit profitiert, denn schliesslich sei das Bruttoinlandprodukt gewachsen. Aber warum merkt der einzelne Bürger nichts davon, weshalb stagnieren die Löhne? Der Kuchen wird zwar leicht grösser, muss aber auf wesentlich mehr Menschen in unserem Land verteilt werden. Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit mit der EU im Jahr 2007 ist der Ausländeranteil um über 500'000 auf gut 2.1 Millionen Menschen angewachsen. Jeder vierte Einwohner der Schweiz

ist mittlerweile Ausländer. Das Bruttoinlandprodukt pro Kopf stagniert bei rund 79'000 Franken (2017). Die Schweiz gerät punkto Wertschöpfung und Produktivität ins Hintertreffen. Das muss sich ändern.

Masslose Zuwanderung hat Folgen für alle

Die Folgen der Bevölkerungszunahme sind täglich und für alle spür- und erlebbar: überfüllte Züge, verstopfte Strassen, steigende Mieten und Bodenpreise, Verlust von wertvollem Kulturland durch Verbauung der Landschaft, Lohndruck, Verdrängung auf dem Arbeitsmarkt, Kulturwandel in den Führungsetagen. Die heutige Masslosigkeit bei der Zuwanderung gefährdet unsere Freiheit, Sicherheit, Vollbeschäftigung, unser Landschaftsbild. Die SVP will keine 10-Millionen-Schweiz.

Personenfreizügigkeit: ein gescheitertes Experiment

Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit mit der EU bestimmen wir nicht mehr selber, wer in die Schweiz kommen darf und wer nicht. Damit muss Schluss sein. Traditionellen Einwanderungsländern wie den USA, Kanada oder Australien käme es nie in den Sinn, über 500 Millionen Bürgern anderer Staaten einen rechtlichen Anspruch auf Einwanderung zu gewähren. Vielmehr verschärfen viele Länder vor dem Hintergrund der weltpolitischen Entwicklungen ihre Einwanderungsgesetze. Ziel muss es sein, die Einwanderung strikte nach den wirtschaftlichen Bedürfnissen, im Interesse der Sicherheit und nach den verfügbaren Ressourcen der Schweiz auszurichten.

Begrenzungs-Initiative regelt Zuwanderung

Mit der „Volksinitiative für eine massvolle Zuwanderung“ will die SVP eine eigenständige Steuerung der Zuwanderung und ein Verbot jeglicher Personenfreizügigkeit erreichen. Die Initiative wurde am 31. August 2018 mit 119'000 gültigen Unterschriften eingereicht. Weil sich das Parlament weigerte, die Masseneinwanderungsinitiative umzusetzen, muss das Volk nun ein Machtwort sprechen. Der Bundesrat soll beauftragt werden, mit der EU zu verhandeln und das Personenfreizügigkeitsabkommen spätestens zwölf Monate nach Annahme der Initiative ausser Kraft zu setzen. Ist eine Verständigung in dieser Zeit nicht möglich, ist das Personenfreizügigkeitsabkommen innert 30 Tagen zu kündigen.

Sozialleistungen und Familiennachzug beschränken

Klare Einschränkungen beim Familiennachzug und bei den Sozialleistungen sollen dafür sorgen, dass keine Ausländer in die Schweiz einwandern, die nicht für sich selber aufkommen und nur vom Staat leben wollen. Dazu soll zum Beispiel der Grundsatz gelten, dass nur Arbeitslosenentschädigung erhält, wer in der Schweiz mindestens zwei Jahre Beiträge in die Arbeitslosenversicherung entrichtet hat. Auch für den Erhalt von Fürsorgeleistungen sollen solche Fristen schweizweit vorgegeben werden. Beim Familiennachzug muss dafür gesorgt werden, dass nur jene Personen ihre Familien nachziehen dürfen, die auch für diese aufkommen können und über eine entsprechend grosse, selbst finanzierte Wohnung verfügen. Mit einer solchen Senkung der Ansprüche an den Staat kann die Zuwanderung stark eingeschränkt werden, ohne dass der Wirtschaft wichtige Fachkräfte entzogen werden.

Konsequentes Vorgehen gegen Illegale

Bei illegalen Einwanderern und illegalen Aufenthaltern muss die Schweiz endlich durchgreifen. Hierzu müssten die geltenden Ausländergesetze lediglich strikt und konsequent angewendet werden. Dabei sind auch die Kantone gefragt. Neu eingeführte Regelungen, wonach illegal Anwesende Schulen besuchen, Lehren absolvieren und sogar in die AHV einzahlen können, widersprechen jedem normalen Rechtsverständnis. Denn die sogenannten «Sans-Papiers» sind nicht nur illegal hier, sie bezahlen auch keinerlei Steuern. Personen, die ohne gültige Aufenthaltspapiere aufgegriffen werden, müssen ausgewiesen werden. Um die illegale Einreise zu erschweren, sind die Grenzen wieder besser zu kontrollieren. Jene Ausländer, die sich um einen regulären Aufenthalt in der Schweiz bemühen, werden heute benachteiligt und es werden falsche Anreize geschaffen.

Integration muss von den Zuwanderern ausgehen

Integration ist Aufgabe der Zuwanderer. Wer in ein Land einwandern will, muss sich vorgängig bewusst sein, was dies bedeutet. Es gilt, die lokale Sprache zu erlernen und sich mit den Sitten und Bräuchen vertraut zu machen. Nur, wenn der Wille zur Integration von den Zuwanderern ausgeht, kann sie erfolgreich sein. Heute verfolgt die Politik jedoch immer mehr den gegenteiligen Ansatz: Die Behörden sollen dafür sorgen, dass sich die Ausländer integrieren. Mit teuren staatlichen Massnahmen und Angeboten – finanziert durch Steuergelder – soll der Anreiz zur Integration erkaufte werden. Wer sich nicht integrieren will, soll das Land wieder verlassen.

Einbürgerung als Abschluss der Integration

Nur wer sich erfolgreich integriert hat, auf eigenen Beinen steht, keine Vorstrafen aufweist und eine Landessprache gut beherrscht, soll sich einbürgern können. Erst wer diesen Schritt gemacht hat, soll das Privileg erhalten, auch politisch mitbestimmen dürfen. Das Ausländerstimmrecht lehnt die SVP ab, jede weitere Erleichterung der Einbürgerung ebenso. Damit Eingebürgerte nicht kurz nach Erhalt der Staatsbürgerschaft kriminell werden, ist eine Einbürgerung auf Probe einzuführen. Erst wer über mehrere Jahre bewiesen hat, dass er sich an unsere Rechtsordnung hält, soll den Schweizer Pass endgültig erhalten. Doppelbürger, die schwere Straftaten begehen oder sich extremistischen Organisationen anschliessen, soll der Schweizer Pass entzogen werden.

Seit Jahren hohe Einbürgerungszahlen

Die hohen Ausländeranteile versuchen die Linken damit zu erklären, dass die Schweiz sehr restriktiv einbürgere. Dies widerspricht jedoch den Einbürgerungsstatistiken. Seit 2002 hat die Schweiz jedes Jahr zwischen 35'000 und 46'000 Ausländer eingebürgert, Tendenz steigend. Gemessen an der Gesamtbevölkerung ist dies im internationalen Vergleich sehr hoch. Europaweit liegen wir damit in den Top 5. Trotzdem erhöht sich der Ausländeranteil von Jahr zu Jahr.

Probleme „eingebürgert“

Die lasche Einbürgerungspraxis in gewissen Kantonen und links regierten Städten hat dazu geführt, dass viele Personen den Schweizer Pass erhalten haben, die gar nicht oder schlecht integriert sind. Nicht wenige Neuschweizer sprechen kaum eine Landessprache, anerkennen die hiesigen Sitten nicht oder werden bereits kurz

nach der Einbürgerung straffällig. Statistisch werden diese Personen dann aber als Schweizer erfasst. Damit hat man viele Ausländerprobleme einfach eingebürgert. Die Einbürgerung muss am Ende einer erfolgreichen Integration stehen. Das Schweizer Bürgerrecht darf nur bei korrektem Verhalten, eigener Existenzgrundlage und guter Kenntnis mindestens einer Landessprache erteilt werden.

Die SVP ...

- will mit der „Begrenzungs-Initiative“ eine eigenständige Steuerung der Zuwanderung und ein Verbot jeglicher Personenfreizügigkeit erreichen;
- will die Rekrutierung von ausgewiesenen ausländischen Spezialisten zugunsten unserer Wirtschaft ermöglichen, auch aus Staaten ausserhalb der EU;
- will verhindern, dass die Zuwanderung den Druck auf die Löhne weiter erhöht und insbesondere ältere Arbeitnehmer aus dem Arbeitsmarkt verdrängt;
- fordert die konsequente und rasche Ausschaffung von illegalen Aufenthaltstiteln und kriminellen Ausländern;
- fordert die Beschränkung des Familiennachzuges und der Sozialleistungen für alle Zuwanderer, um die Einwanderung in den Sozialstaat zu verhindern;
- fordert den Entzug der Aufenthaltsbewilligung, wenn die Sozialhilfeabhängigkeit länger als zwei Jahre dauert;
- fordert, dass sich alle an die hiesigen Regeln, Sitten und Gepflogenheiten halten;
- bekämpft die Aufblähung von teuren staatlichen Integrationsmassnahmen. Integration muss von den Einwanderern ausgehen;
- akzeptiert nicht, dass Kantone Sozialhilfe an Personen mit rechtskräftigem Wegweisungsentscheid leisten, welche die Schweiz schon lange verlassen müssten;
- bekämpft die Einbürgerung von Kriminellen und Sozialhilfebezügern;
- widersetzt sich jeder weiteren Erleichterung der Einbürgerung;
- fordert die Einbürgerung auf Probe, damit Personen, die kurz nach dem Erhalt des Schweizer Passes kriminell werden, das Bürgerrecht wieder entzogen werden kann;
- widersetzt sich jeglicher Form von Stimm- und Wahlrecht für Ausländer.

Das bringt mir:

- am Arbeitsplatz weniger Konkurrenzdruck durch billige Arbeitskräfte aus der EU;
- als Stimmbürger die Möglichkeit, die Zuwanderungspolitik mitzubestimmen;
- als Nachbar, Ausländer, die sich an die hiesigen Regeln halten;
- Mitbürger, die wirklich integriert sind und mit denen ich mich problemlos verständigen kann;
- mehr Sicherheit, weil kriminelle Ausländer konsequent ausgeschafft werden;
- eine Schweiz, die so bleibt, wie wir sie kennen und lieben.

Asylpolitik

Asylchaos endlich beenden

Die Schweiz hat eine humanitäre Tradition und nimmt Menschen auf, die an Leib und Leben verfolgt sind. Seit keine klare Abgrenzung mehr zwischen Asyl- und Migrationspolitik besteht, müssen wir uns in der Schweiz mittlerweile tausende von Wirtschaftsflüchtlingen auf Staatskosten leisten. Die Behörden lassen sich systematisch an der Nase herumführen. Die SVP sagt der verfehlten Asylpolitik, die zu explodierenden Kosten, mehr Kriminalität und gesellschaftlichen Problemen führt, den Kampf an.

Human, nicht naiv

Die Schweiz hat seit je Menschen aufgenommen, die in ihrer Heimat verfolgt und an Leib und Leben bedroht waren. Unsere humanitäre Tradition ist älter als jede internationale Flüchtlings- oder Menschenrechtskonvention. Doch diese humanitäre Tradition bedeutet nicht, dass wir uns deshalb eine rosarote Brille aufsetzen müssen. Fakt ist: Es wird immer weniger klar zwischen Asylanten und Wirtschaftsmigranten (Gastarbeitern) unterschieden. Immer mehr Menschen aus den ärmeren Regionen der Erde missbrauchen den Asylweg, um in der Schweiz ohne Visum oder Aufenthaltbewilligung ihr Glück zu suchen. Indem wir die Wirtschaftsflüchtlinge von A bis Z durch den Staat und somit den Schweizer Steuerzahler finanzieren, laden wir sie geradezu ein, sich als «Flüchtling» auszugeben und schaffen Ungerechtigkeiten gegenüber all jenen, welche sich an die Einwanderungsgesetze halten.

Asylindustrie ist ein Milliardengeschäft

Wer hier ein Asylgesuch stellt, erhält vom ersten Tag an staatliche Unterstützung. Er kann sich kostenlos medizinisch versorgen lassen, sich frei bewegen und wird von Asyl-Juristen und Hilfswerken freudig aufgenommen, beraten und betreut. Wegen dieser staatlichen Rundumversorgung ist mittlerweile eine regelrechte Asylindustrie entstanden. Linke Juristen, Sozialarbeiter und sonstige Profiteure dürften kaum Interesse haben, von Rekursen abzuraten oder zur raschen Heimkehr zu animieren. So ziehen sich die Verfahren oft unnötig lange hin. Selbst Personen, bei denen von Anfang an klar ist, dass sie nicht verfolgt werden, dürfen so für Jahre, teilweise ihr ganzes Leben, in der Schweiz bleiben.

«Schengen/Dublin» funktioniert nicht

Wegen des «Schengen/Dublin»-Abkommens darf die Schweiz ihre Grenzen nicht mehr systematisch kontrollieren. Das Ziel ist, dass die illegale Zuwanderung an der Schengen-Aussengrenze abgewehrt wird. Doch der EU-Grenzschutz funktioniert nicht. Skrupellose Schlepper und Menschenhändler sind die Profiteure. In Europa angekommen, wird nur ein Teil der Zuwanderer registriert. Damit verstossen die überforderten Mittelmeerländer klar gegen das Dublin-Abkommen. Der freie Reiseverkehr (offene Schengen-Grenzen) innerhalb Europas führt dazu, dass illegale nur per Zufall aufgegriffen werden. Die Migranten können so ungehindert und unregistriert in jenes Land reisen, in dem sie die besten Leistungen erhalten, also

nach Nordeuropa und in die Schweiz. Selbst jene, die bereits in einem anderen Land registriert wurden, können oft nicht zurückgeschickt werden. Denn entweder weigern sich die jeweiligen Staaten oder die Frist wird willentlich verpasst.

Kosten im Asylbereich nehmen markant zu

Die Menge an Asylgesuchen hat direkte Auswirkungen auf die Kosten des Asylwesens. So wird allein auf Bundesebene bis 2021 mit jährlichen Kosten über 1.4 Milliarden Franken gerechnet. Verglichen mit 2014 ist das eine Kostensteigerung von über 52%. Dabei handelt es sich in erster Linie um Transferzahlungen an die Kantone. Der Bund hat sich nämlich verpflichtet, die Sozialhilfe von Flüchtlingen je nach Status während 5 bis 7 Jahre zu vergüten. Nach Ablauf dieser Frist tragen die Kantone und Gemeinden die vollen finanziellen Konsequenzen der desaströsen Asylpolitik des Bundes. Dazu gehören auch Folgekosten für Schulen, Heilpädagogik, Sozialarbeiter, Infrastruktur, Betreuungsindustrie, Polizei, Gerichte und damit zusammenhängende Dolmetscherdienste usw.

Gemeinden und Kantone müssen Steuern erhöhen

Das zuständige Bundesdepartement weigert sich selbst auf Nachfrage des Parlaments, die Gesamtkosten des Asylwesens in der Schweiz zu berechnen. Man verweist lapidar auf die geteilte Zuständigkeit von Bund und Kantonen, obwohl in anderen Politikbereichen Statistiken erstellt werden. Klar ist, dass Gemeinden und Kantone bereits heute unter den immensen Sozialhilfekosten des Asylwesens ächzen. Ein Beispiel ist die Aargauer Gemeinde Aarburg mit ihren 8'000 Einwohnern: Ein Drittel des gesamten Gemeindebudgets geht für die Sozialhilfe drauf. Ein Grossteil der Bezüger sind ehemalige Asylbewerber. Diese Situation wird sich schweizweit verschärfen, wenn die Bundessubventionen für das Rekordjahr 2015 dereinst auslaufen. Schweizweit betrug die Sozialhilfequote im Asylbereich 2016 ungläubliche 88.4%. Es bezahlt vor allem der Mittelstand.

Übermässig hohe Kriminalitätsrate bei Asylbewerbern

Hohe Kosten in den Kantonen verursachen auch die Kriminalitätsbekämpfung und der Strafvollzug. Denn Asylbewerber verstossen um ein Vielfaches häufiger gegen die Schweizer Rechtsordnung, als dies Schweizer oder andere ansässige Ausländer tun. Während Personen im Asylbereich rund 1,4 Prozent der Bevölkerung ausmachen, waren Asylbewerber 2017 für über 10% aller Vergewaltigungen und Tötungsdelikte verantwortlich. Wer dermassen gegen die Rechtsordnung des Gastlandes verstösst, kann nicht wirklich an Leib und Leben bedroht sein, sonst würde er die sichere Zuflucht nicht mit kriminellm Verhalten aufs Spiel setzen. Renitente und straffällige Asylbewerber sind in geschlossenen Zentren unterzubringen und baldmöglichst des Landes zu verweisen.

Politische Führung entscheidend

Die Verantwortung für den Zustand des Asylwesens liegt beim zuständigen Bundesratsmitglied und dessen politischem Willen. Anstatt die Probleme zu lösen, eilt man von Ankündigung zu Ankündigung und schiebt den Schwarzen Peter den Kantonen und Gemeinden zu. Diese müssen dann Unterbringungsfragen, Sicherheitsprobleme, Integrationsaufgaben lösen, die es eigentlich gar nicht erst geben dürfte. Es muss zwingend auf Bundesebene dafür gesorgt werden, dass die

Schweiz für Scheinasylanten und Wirtschaftsmigranten unattraktiv wird. Asylmissbraucher müssen möglichst schnell wieder in ihre Heimatstaaten zurückgeschickt werden.

Massnahmen gegen die illegale Einreise

Der effektivste Weg, die Probleme im Asylwesen zu lösen, wäre es, dafür zu sorgen, dass Scheinflüchtlinge gar nicht erst in die Schweiz kommen. Da die Kontrolle an der «Schengen»-Aussengrenze erwiesenermassen nicht funktioniert und sich einzelne EU-Staaten nicht an das «Dublin»-Abkommen halten, muss die Schweiz ihre Grenzen wieder selber systematisch kontrollieren. Das Grenzwachtkorps ist dabei mit modernen technischen Überwachungsmitteln auszurüsten und durch die kantonalen Polizeikorps sowie notfalls die Armee zu unterstützen.

Keine Einreise aus sicheren Staaten

Die illegale Einreise und der illegale Aufenthalt, aber auch die Beihilfe dazu sind konsequent zu verfolgen. Wer aus einem Staat in die Schweiz einreist, in dem er nicht verfolgt wird, darf kein Anrecht auf Asyl haben, da wirklich Verfolgte ja bereits in diesem Staat Schutz hätten finden müssen. Dieses Prinzip, auf welchem auch das «Dublin»-Abkommen basiert, muss endlich durchgesetzt werden. Bei Kriegsflüchtlingen sollte zudem die Hilfe vor Ort und in ihrem unmittelbaren geografischen Umfeld im Vordergrund stehen.

Attraktivität für Scheinflüchtlinge senken

Ein Asylgesuch in der Schweiz soll sich für Scheinflüchtlinge nicht mehr lohnen. Die Attraktivität des Schweizer Asylwesens muss daher markant gesenkt werden. Einerseits sind die Sozialleistungen generell zu senken, damit der Anreiz zur Erwerbstätigkeit von anerkannten Flüchtlingen steigt. Andererseits ist Not- und Sozialhilfe für Personen im Asyl- und Flüchtlingswesen nur noch in Form von Naturalien und Gutscheinen auszurichten. Geldsendungen in die Herkunftsländer müssen konsequent unterbunden werden, da diese noch mehr Menschen zum Aufbruch nach Europa ermuntern. Während des Verfahrens sollen die Asylbewerber in kontrollierten Zentren mit klar definierten Bewegungsräumen untergebracht werden, um das Abtauchen zu verhindern. Es sind sämtliche technischen Mittel, inkl. Mobiltelefonaten und soziale Netzwerke sowie nachrichtendienstliche Quellen, auszuschöpfen, um die Herkunft der Asylbewerber und ihre Darstellung des Sachverhalts zu überprüfen. Wer das Verfahren boykottiert oder sich nicht an die Schweizer Rechtsordnung hält, soll bis auf weiteres in einem geschlossenen Zentrum untergebracht werden.

Flüchtlingsstatus regelmässig überprüfen

Wer als Flüchtling anerkannt oder vorläufig aufgenommen wird, dessen Status soll regelmässig überprüft werden. Wer für Ferien oder aus anderen Gründen in seine Heimatregion reist, ist offenbar nicht mehr verfolgt. Folglich ist der Flüchtlingsstatus mit sämtlichen Privilegien umgehend abzuerkennen und eine Ausweisung anzuordnen oder die Wiedereinreise zu verweigern. Darüber hinaus soll der Abschluss von Rückübernahmeabkommen eine hohe Priorität erhalten. Staaten, die ihre von der Schweiz ausgewiesenen Bürger nicht zurücknehmen, sollen keine Entwicklungshilfe erhalten. Die Diplomatie ist klar in den Dienst der Landesinteressen zu stellen.

Rückweisungen umgehend durchführen

Personen mit abgelehntem Asylgesuch oder denen der Flüchtlingsstatus aberkannt wurde, müssen möglichst rasch in ihre Heimat zurückgeschickt werden. In der Zeit vor der Wegweisung sollen diese Personen nur noch Nothilfe in Form von Naturalien erhalten. Wer sich der Rückweisung widersetzt, ist in Haft zu nehmen und mit Zwang auszuschaffen. Die Kantone sind besser zu unterstützen, aber auch in die Pflicht zu nehmen. Eine lasche Ausweisungspraxis oder die Fortführung von Sozialhilfefzahlungen an Personen mit Ausweisungsentscheid durch gewisse Kantone schadet den Landesinteressen und ist daher zu unterbinden.

Die SVP...

- will Wirtschaftsmigranten konsequent zurückschicken, damit den wirklich Verfolgten geholfen werden kann;
- fordert eine konsequente Umsetzung der geltenden Asylgesetze und speditive Entscheide;
- fordert, dass für Kriegsflüchtlinge die Hilfe vor Ort im Vordergrund steht;
- verlangt die konsequente Durchsetzung des Dublin-Abkommens, sodass Personen aus sicheren Drittstaaten kein Asylverfahren mehr erhalten;
- will, dass die Grenzen baulich verstärkt und die Kontrollen intensiviert werden;
- verlangt, dass die wissenschaftlichen Methoden zur Feststellung des Alters bei angeblich minderjährigen Asylbewerbern konsequent und lückenlos angewandt werden;
- verlangt die Möglichkeit der Identifizierung von Asylsuchenden durch Auswertung von Kommunikationsgeräten;
- fordert kontrollierte Zentren bei laufenden Asylverfahren und geschlossene Zentren für renitente und straffällige Asylbewerber;
- fordert die Senkung der Unterstützungsleistungen für Personen aus dem Asylbereich auf allen Stufen;
- fordert ein Verbot bzw. eine Beschränkung des Familiennachzugs;
- verlangt, dass Flüchtlinge, die in ihr Heimatland reisen, ihr Aufenthaltsrecht in der Schweiz auf der Stelle verlieren;
- fordert, dass Asylsuchende, «Sans Papiers» und vorläufig Aufgenommene, zwecks Kostentransparenz, in einer separaten Krankenkasse mit reduziertem Grundleistungskatalog zu versichern sind;
- verlangt, dass straffällige gewordene Asylsuchende sofort aus dem Asylprozess ausgeschlossen und abgewiesen werden;
- fordert die schnelle Rückschaffung vorläufig Aufgenommener und damit verbunden keine Integration in den Arbeitsmarkt.

Das bringt mir:

- als Steuerzahler eine geringere Belastung durch Kosteneinsparungen im Asylwesen und den verbundenen Sozialausgaben;

- als Mensch die Garantie, dass die Schweiz echten Verfolgten Zuflucht bietet, getreu ihrer humanitären Tradition;
- als Bürger die Gewissheit, dass sich unser Staat von Wirtschaftsmigranten nicht über den Tisch ziehen lässt;
- im Alltag mehr Sicherheit, weil sich betrunkenes Herumlungern sowie Kleinkriminalität für Asylbewerber nicht mehr lohnt und Gewaltkriminalität hart bestraft wird.

Sicherheit, Recht und Ordnung

Opferschutz statt Täterschutz

Die Schweiz gehörte einst zu den sichersten Ländern der Welt. Eine lockere Politik, eine inkonsequente Umsetzung der bestehenden Gesetze sowie die Öffnung der Grenzen durch den Beitritt der Schweiz zum «Schengen»-Raum führten dazu, dass unser Land heute in Europa zu den Staaten mit hoher Kriminalität zählt. Die Schweiz darf aber kein Eldorado für Kriminelle werden. Eine Politik mit spürbaren Strafen und einem konsequenten Vollzug ist endlich durchzusetzen.

Die Unsicherheit wächst

Alle dreizehn Minuten stiegen 2017 irgendwo in der Schweiz Einbrecher in eine Wohnung oder ein Haus ein. Auf 100'000 Einwohner kamen im gleichen Jahr knapp 500 Einbrüche. Damit ist die Schweiz seit Jahren für professionelle Banden und Diebe Zielland Nummer eins in Europa. Dies wirkt sich direkt auf das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger aus. Viele fühlen sich nicht mehr sicher in unserem Land. Ältere Leute, aber auch Frauen, wagen sich nach Einbrechen der Dunkelheit nicht mehr auf die Strasse. Jugendliche, vor allem junge Frauen, werden im Ausgang angefasst, bedroht oder gar angegriffen.

Auftragsverweigerung der Politik

2010 haben Volk und Stände der SVP-Volksinitiative zur Ausschaffung krimineller Ausländer zugestimmt. Bundesrat und Parlament haben den klaren Auftrag des Soveräns bei der Umsetzung aber mit einer «Härtefallklausel» verwässert. Damit können die Gerichte weiterhin selber nach eigenem Gusto entscheiden, wann ein Straftäter ausgeschafft werden soll. Die daraufhin von der SVP lancierte Durchsetzungsinitiative lehnte der Soverän ab, im Vertrauen auf die Versprechungen der Linken und Bürgerlichen, dass die Ausschaffungsinitiative «pfefferscharf» umgesetzt werde und die «Härtefallklausel» nur in ganz seltenen Ausnahmefällen zur Anwendung komme. Wie die SVP aber bereits in der parlamentarischen Beratung prophezeite, weisen die Ausschaffungszahlen leider darauf hin, dass Straftäter auch weiterhin nicht ausgeschafft werden. Die «Härtefallklausel» entpuppt sich so als «Täterschutzklausel».

Jugendliche in Gefahr

Unser Strafrechtswesen krankt heute in verschiedenen Bereichen. Zum einen werden – vor allem bei Gewaltdelikten - zu milde Strafen ausgesprochen. Viele Richter schöpfen das mögliche Strafmass nicht aus. Zu viele milde Urteile und der lasche Vollzug sorgen dafür, dass die erforderliche abschreckende Wirkung fehlt. Ein weiteres Problem sind die teilweise viel zu langen Verfahren. Unser Strafrecht ist mittlerweile schwergewichtig darauf ausgerichtet, für Täter eine entgegenkommende und hilfebietende Sanktion zu finden, welche die Therapiewirkung höher gewichtet als den Straf- und Abschreckungscharakter. Dabei geht – gerade bei Gewaltdelikten – das Opfer vergessen. Auch im Bereich Jugendstrafrecht sind Verschärfungen angezeigt. Dass 17-jährige Straftäter erheblich mildere Strafen und Sanktionen

erfahren, hat sich in organisierten Verbrecherkreisen herumgesprochen, weshalb vermehrt Kinder für die Verübung von Straftaten rekrutiert werden.

Null-Toleranz bei Gewalt

Die SVP fordert bei Gewaltdelikten deutlich höhere Strafen, insbesondere auch in Fällen, wo Polizisten oder Beamte angegriffen werden. Im Strafrecht können nur harte Sanktionen eine abschreckende Wirkung entfalten. Um den Handlungsspielraum des Richters einzuschränken, sind deshalb vermehrt Mindeststrafen angezeigt. Das Jugendstrafrecht, das auf minderjährige Täter Anwendung findet, muss dringend verschärft werden. Der Justiz muss die Möglichkeit gegeben werden, auch bei minderjährigen Tätern das Erwachsenenstrafrecht anzuwenden. Zudem ist wegzukommen vom teuren, Therapie lastigen Vollzug. Die Haft soll kein Wellnessaufenthalt sein.

Grenzen kontrollieren

Die Schweiz muss die Grenzen wieder so kontrollieren, wie sie es vor dem Beitritt zu «Schengen» getan hat. Ein Land, das seine Grenzen unkontrolliert öffnet und keine systematischen Grenzkontrollen mehr durchführen darf, vergibt ein wesentliches Element seiner Souveränität und setzt seine Sicherheit aufs Spiel. Ausländische Diebesbanden veranstalten regelrechte Raubzüge durch unser Land. Dennoch geben wir Jahr für Jahr mehr Steuergelder für das nichtfunktionierende «Schengen»-Abkommen aus. Während der Bundesrat vor der Volksabstimmung zum «Schengen»-Abkommen noch von Kosten in der Höhe von etwa 8 Millionen Franken gesprochen hat, kostet uns «Schengen» heute jährlich bereits einen dreistelligen Millionenbetrag (Tendenz steigend).

Dass eine lückenlose Kontrolle der Grenze nicht möglich ist, ist unbestritten. Es hat jedoch eine nicht zu unterschätzende abschreckende Wirkung, wenn beim Grenzübertritt mit einer Kontrolle gerechnet werden muss. Es erstaunt nicht, dass Delikte von Kriminaltouristen an den Grenzen und in Dörfern und Städten entlang der Autobahnen verübt werden. Bereits kurze Zeit nach der Straftat sind die Delinquenten wieder ausser Landes. Auch über die Vergabe von Visa muss die Schweiz wieder eigenständig entscheiden und Schengen-Visa nicht blind akzeptieren.

Die SVP ...

- fordert, dass die Interessen der Opfer konsequent höher gewichtet werden als jene der Täter;
- fordert, dass für die Sicherheit der Bevölkerung schnell und konsequent gegen Gewaltstraftäter vorgegangen wird;
- fordert die Erhöhung des Mindeststrafmasses bei Delikten an Leib und Leben und dass die Richter den Spielraum für längere Strafen des Strafgesetzbuches auch nutzen;
- verlangt ein Strafregister, in dem schwere Straftaten nicht gelöscht werden, damit Wiederholungstaten verhindert werden können;
- unterstützt eine Verschärfung der Urteile und schnelles Handeln der Gerichte insbesondere im Jugendstrafrecht;

- verlangt ein Umdenken im Strafvollzug: weniger Therapie, mehr Arbeit und Beteiligung an den verursachten Kosten;
- will, dass bei Kriminalstatistiken des Bundes Nationalitäten sowie ein Migrationshintergrund ausgewiesen wird;
- fordert, dass das «Schengen»-Abkommen von Staaten mit «Schengen»-Aussengrenzen konsequent angewendet wird;
- fordert, dass die Schweiz im Rahmen des «Schengen»-Vertrages von ihrem Recht Gebrauch macht, Grenzkontrollen wieder einzuführen, um die Einreise von illegalen Einwanderern und Kriminaltouristen zu verhindern;
- fordert die konsequente Anwendung des Nachrichtendienstgesetzes bei der Bekämpfung des Terrorismus und der Cyberkriminalität.

Das bringt mir:

- als Bürger Sicherheit vor Einbrüchen und Diebstählen;
- als Jugendliche weniger Anmache und Pöbeleien im Ausgang;
- als Gewaltopfer die Gewissheit, dass die Täter aus dem Verkehr gezogen werden;
- als Richter und Polizist griffige Rechtsgrundlagen, um bei Verbrechen auch wirklich durchgreifen zu können.

Armee

Sicherheit für unsere Bevölkerung

Sicherheit ist eine unverzichtbare Voraussetzung für Freiheit, Unabhängigkeit und Wohlstand. Eine glaubwürdige, starke Milizarmee garantiert diese Sicherheit auch in Krisenzeiten und ist die massgeschneiderte Lösung für die Bedürfnisse der Schweiz. Sicherheit ist keine Selbstverständlichkeit. Heute toben nur wenige Flugstunden von uns entfernt kriegerische Auseinandersetzungen. Terroranschläge sind jederzeit und überall möglich. Wir sind verpflichtet, auch in Zukunft die nötigen Mittel für unsere Armee und die Landesverteidigung bereitzustellen – damit die Menschen in der Schweiz in Sicherheit und Freiheit leben können.

Armee als Versicherung

Die Schweiz verteidigt mit ihrer Milizarmee Land und Leute vor jeder gewalttätigen Gefahr von aussen. Die immerwährende bewaffnete Neutralität hat unserem Land Unabhängigkeit, Frieden und Freiheit bewahrt. Die Armee sichert den Bürgerinnen und Bürgern in Krisenzeiten Leib und Leben, das Eigentum, den Lebensraum, aber auch die direktdemokratischen Rechte als oberste souveräne Instanz. Ein Land, das nicht selber für seine Sicherheit sorgen kann oder will, ist nicht mehr souverän. Die Armee ist das letzte Mittel zur Verteidigung unserer Freiheit. Darum darf dieses letzte Mittel nie versagen.

Kriege sind leider Tatsache

Der Ausbruch eines ewigen Friedens unter den Völkern ist nicht zu erkennen. Im Gegenteil: Spannungen und kriegerische Auseinandersetzungen sind nach wie vor weltweit aktuell. Gewalt und Krieg bleiben im globalen Ringen um Macht, Rohstoffe, religiösen oder ideologischen Einfluss bevorzugte Mittel. Nationale Interessen prägen auch das Handeln der Grossmächte. Die eigenständige Gewährleistung von Sicherheit bleibt im Kleinstaat Schweiz entscheidend für unsere Souveränität. Auf der Basis eines realistischen Weltbildes muss im Rahmen einer ernsthaften Sicherheitspolitik ein wirklichkeitsnahes Bedrohungsbild bestimmt werden. Eine realitätsnahe Beurteilung verlangt, mit Überraschungen und Unwägbarkeiten zu rechnen. Der wirksame Schutz von Land und Leuten toleriert keine Halbheiten und Kompromisse.

Die Schweiz ist verletzlich

Unsere Transitachsen bleiben angesichts des Machtkampfs um Ressourcen und Verkehrswege im Mittelpunkt unserer strategischen Interessen. Religiös motivierte Gewalt und Terror – mit dem radikalen Islamismus in den letzten Jahren vermehrt sichtbar geworden – besetzen nicht nur Räume, sondern auch Köpfe. Insbesondere das Internet bietet hier eine weitgehend unkontrollierbare Plattform, um radikale Ideen in kurzer Zeit und mit wenig Aufwand weit über Landesgrenzen hinaus verbreiten zu können. Es besteht eine verstärkte terroristische Bedrohung durch nichtstaatliche Akteure oder Cyber-Angriffe. Das haben verschiedene Ereignisse, auch im direkten Umfeld der Schweiz, eindrücklich gezeigt. Selbst wenn die

Schweiz kaum Hauptziel von Aggressionen werden dürfte, sind feindselige Aktionen und Terroranschläge jederzeit möglich. Die Schweiz als Land mit grossem Wohlstand, Wasserschlöss Europas, Drehscheibe für den internationalen Rohstoffhandel und wichtiger Finanzplatz hat nach wie vor viel zu verteidigen.

Genügend Mittel für eine glaubwürdige Armee

Die SVP will eine modern ausgerüstete, gut ausgebildete Defensivarmee, die niemanden angreift, aber die Unabhängigkeit verteidigt und die Schweiz als berechenbaren, zum Frieden beitragenden neutralen Staat erkennen lässt. Mit den vom Parlament beschlossenen Mitteln von 5 Milliarden Franken pro Jahr bei einem Bestand von 100'000 Armeeangehörigen kann der Auftrag nicht erfüllt werden, der neben der Verteidigung auch die Unterstützung der zivilen Behörden (z.B. bei der Katastrophenhilfe) umfasst. Das Ausbluten der Armee durch eine weitere Kürzung der Armeeaussgaben ist zu stoppen. Im Vergleich zu Staaten wie Schweden, Österreich und Finnland verwendete die Schweiz, gemessen am Bruttoinlandprodukt, am wenigsten Mittel für die Armee. Aus Sicht der SVP sind Mittel von mindestens 5,4 Milliarden Franken pro Jahr und ein Sollbestand von mindestens 140'000 Armeeangehörigen unabdingbar. Von der Festlegung einer Maximalzahl an Diensttagen pro Jahr ist abzusehen. Der Wiederholungskurs soll in der Regel drei Wochen dauern.

Eigenständige Verteidigung ohne Alternative

Sicherheit von Land und Leuten zu garantieren, ist eine Kernaufgabe des Staates. Darum braucht es eine starke und schlagkräftige Armee mit einem konkreten Auftrag, verbindlichen Zielen und einer realitätsbezogenen Strategie. Ab den Neunzigerjahren geriet unsere Armee durch unbrauchbare Reformen wie «Armee 95», «Armee XXI» und «Entwicklungsschritt 08/11» in einen besorgniserregenden Zustand und entfernte sich weit von jeder Einsatzbereitschaft. Während die Armeeverwaltung, wo die meisten Doppelspurigkeiten und Ineffizienzen bestehen, immer weiter ausgebaut wird, spart man bei den Frontverbänden. Damit die Armee ihre Funktionen und Aufgaben wieder jederzeit erfüllen kann, müssen daher die zentralen Führungsebenen radikal verschlankt werden. Die Armeeangehörigen müssen innerhalb weniger Tage aufgeboten werden können und über eine zu definierende Dauer rund um die Uhr einsatzfähig sein.

Keine Auslandseinsätze und Militärbündnisse

Die Armee hat den verhängnisvollen Pfad der Internationalisierung zu verlassen. Schweizer Soldaten, als Angehörige der Armee eines neutralen Kleinstaates, haben im Ausland nichts verloren. Der Nikolaus von Flüe zugeschriebenen neutralitätspolitischen Maxime «Mischt euch nicht in fremde Händel ein», muss wieder mehr Beachtung geschenkt werden. Auslandseinsätze, wie derjenige im Kosovo, sind zu beenden. Unsere Armee darf weder in die NATO geführt, noch in die gemeinsame Verteidigungspolitik der EU integriert werden. Zudem sind Tendenzen zur weiteren Verkleinerung der Armee und zum schleichenden Umbau in ein Berufsheer zu stoppen. Führungsstrukturen und aufgeblähte Stäbe müssen weiter und spürbar gestrafft werden. Zu einer schlagkräftigen Armee gehört auch eine gut ausgerüstete Luftwaffe, die in der Lage ist, Gefährdungen in der Luft abzuwehren. Es ist deshalb unerlässlich, dass die Erneuerung der Luftwaffe an die Hand genommen wird.

Die SVP ...

- bekennt sich zu einer hervorragend ausgebildeten Milizarmee;
- setzt sich ein für voll ausgerüstete Bodentruppen und eine moderne Luftwaffe zum Schutz der Menschen in der Schweiz;
- fordert eine moderne Armee, die sich den Herausforderungen der Zeit, insbesondere im Bereich der Cybersicherheit und der hybriden Kriegsführung, schnell anpassen kann;
- bekämpft jegliche weitere Reduktion des Armeebudgets oder des Bestandes der Armeeangehörigen. Die Finanzierung und der Bestand der Armee müssen die Verteidigung unseres Landes und der Bevölkerung jederzeit sicherstellen;
- verlangt eine hohe, bedrohungsgerecht abgestufte Bereitschaft der Armee;
- verlangt die Beendigung von bewaffneten Auslandseinsätzen wie demjenigen im Kosovo;
- steht für eine bündnisfreie Schweiz und keine weitere Einbindung in die NATO ein;
- fordert eine ausgewogene Präsenz der Armee in allen Regionen der Schweiz;
- setzt sich ein für den Erhalt eines eigenständigen, liberalen Waffenrechts;
- verlangt, dass die Einheiten der Armee nicht weiter zu Gunsten der Armeeverwaltung reduziert werden.

Das bringt mir:

- als Bürger mehr Sicherheit
- als Familie die Gewissheit, dass unser Land geschützt werden kann;
- als Angehörigem der Armee die nötigen Ressourcen, um den Auftrag für Land und Leute vollumfänglich zu erfüllen;
- als verantwortungsvollem Behördenmitglied jederzeit die richtigen Mittel zur Bewältigung von Krisen und Katastrophen;
- als Eltern die Gewissheit, dass meine Kinder nicht in fremde Kriege ziehen müssen.

Sozialwerke

Sozialwerke sichern - Missbräuche bekämpfen

Unsere Sozialwerke helfen Bürgerinnen und Bürgern, die in Not geraten sind und leisten einen wichtigen Beitrag zum sozialen Frieden. Da man in der Vergangenheit die strukturellen Probleme und das Missbrauchspotenzial der Sozialwerke stets mit Steuereinnahmen zugedeckt hat, ist es heute umso dringender, den Ausgleich und die Solidarität zwischen Alt und Jung, zwischen den echt Bedürftigen und den Prämien- und Steuerzahlern, wieder ins rechte Lot zu rücken. Verantwortungsvolle Lösungen brauchen eine konsequente Politik. Die finanzielle Sicherung der AHV-Renten ist ein Muss.

Probleme mit Geld zugedeckt

Die Politik von Mitte-Links hat dazu geführt, dass offensichtliche Missstände bei den Sozialwerken, Missbrauch und strukturelle Unterfinanzierung, nicht ehrlich angegangen wurden. Man verschloss die Augen vor den echten Problemen. Missstände wurden meist salopp mit mehr Geld zugedeckt – Geld, das mit zusätzlichen Steuern und Abgaben bei den Bürgern und den Unternehmen geholt wurde. So wurde die Mehrwertsteuer zum Beispiel 1999 um 1 Prozent für die AHV und 2008 um 0,4 Prozent für die Invalidenversicherung (IV) angehoben. Weitere Erhöhungen sind in Planung.

Altersvorsorge in Schieflage

Wir werden älter und beziehen deshalb immer länger Rente. Das führt dazu, dass immer weniger Arbeitstätige für immer mehr Rentner aufkommen müssen. Haben 1970 noch fünf Erwerbstätige für einen Rentner einbezahlt, sind es heute noch drei. Schon jetzt nimmt die AHV weniger ein, als sie ausbezahlt. Die Rechnung geht nicht mehr auf. Das will die SVP ändern und für die Schweizer die AHV-Renten sichern – und zwar ohne neue Steuern und Abgaben. Dazu gehört insbesondere die Angleichung des Rentenalters von Männern und Frauen und eine Umlagerung von Asyl- und Entwicklungshilfegelder zur AHV.

Sozialstaat stösst an Grenzen

Der Sozialstaat stösst zunehmend an Grenzen. Während die Gesamtausgaben für die soziale Sicherheit im Jahr 1950 noch weniger als 2 Milliarden Franken ausmachten und bis 1990 auf 62 Milliarden Franken anstiegen, betragen die Ausgaben für die Sozialwerke in der Schweiz im Jahr 2016 nicht weniger als 177 Milliarden Franken. Damit machten die Sozialleistungen einen Viertel des nationalen BIP aus. Der Sozialstaat wächst uns über den Kopf, und zwar zulasten der künftigen Generationen. Immer weniger Menschen müssen für immer mehr Menschen aufkommen. Der Wohlfahrtsstaat als Gesamtes ist in Frage gestellt: AHV, Ergänzungsleistungen, Arbeitslosenversicherung, Pensionskasse, Erwerbsersatzordnung, Invalidenversicherung, Mutterschaftsversicherung und als letztes Auffangnetz die Sozialhilfe – keine dieser sozialen Einrichtungen ist solide finanziert. So lagen beispielsweise die Ausgaben für Sozialhilfe 2016 bei über 2.7 Mrd. Franken. Das entspricht

einer Zunahme von über einer Milliarde Franken innerhalb von nur zehn Jahren. Immer mehr Menschen beziehen immer länger Sozialhilfe. Die Sozialhilfe hat ihre ursprüngliche Funktion als Überbrückungshilfe und als Hilfe zur Selbsthilfe verloren. Zentralisierungs- und Professionalisierungstendenzen haben zudem dazu geführt, dass sich die Systeme immer weiter von den betroffenen Menschen entfernen und eine wirkungsvolle und würdige Hilfe erschwert wird. Dies trifft nicht nur auf die Sozialhilfe zu, sondern beispielsweise auch auf den Kindes- und Erwachsenenschutz, dessen Zentralisierung in Form der sogenannten KESB zu einer Verschlechterung der Situation geführt hat.

Reformen unumgänglich

Die SVP setzt sich für die langfristige finanzielle Sicherung der Sozialwerke ein. Sie ist sich bewusst, dass jeder Franken, der dafür eingesetzt werden kann, zuerst verdient werden muss. Das verlangt, dass sich Reformen auf Tatsachen und realistische Szenarien abstützen. Deshalb setzt sich die SVP dafür ein, dass für Frauen wie für Männer das gleiche Rentenalter von 65 Jahren gilt. Bei der beruflichen Vorsorge befürwortet die SVP die Entpolitisierung von technischen Grössen, wie etwa dem Mindestumwandlungs- oder dem Mindestzinssatz, damit hier den effektiven ökonomischen Gegebenheiten Rechnung getragen wird und politische Befindlichkeiten keinen Einfluss haben auf die Berechnung dieser Variablen.

Fehlanreize beseitigen

Weiter müssen bei der IV die angekündigten Reformen durchgeführt werden. Der Ausländeranteil in der IV ist seit langem überproportional hoch, verglichen mit dem Anteil in der Gesamtbevölkerung. Die Rentenskala ist zu verfeinern. Der Export von IV-Renten ins Ausland ohne Kaufkraftbereinigung ist zu stoppen. Bei den inzwischen häufig diagnostizierten psychischen Störungen braucht es eine strengere Überprüfung. Leistungseinschränkungs- und Leistungsbereitschaftstests müssen an der Tagesordnung sein, um dem Missbrauch und Fehldiagnosen vorzubeugen.

Sozialhilfe darf keine Hängematte sein

In den Kantonen sind die Sozialhilfegesetze so auszugestalten, dass die Sozialhilfe nicht länger ausgenutzt und missbraucht werden kann. Wer sich nicht um Integration und Arbeit bemüht, soll auch keine Hilfe bekommen. Arbeit muss sich lohnen. Die Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) sind als unverbindliche Orientierungshilfen für die ausführenden Organe zu betrachten und dementsprechend in den kantonalen Sozialhilfe- und Fürsorgegesetzen und -verordnungen als solche zu benennen. Denn die SKOS rechnet ideologisch motiviert mit zu hohen Ansätzen. Wer eine zumutbare Arbeit verweigert oder sich sonst nicht an die Bestimmungen der Behörden hält, dessen Leistungen müssten spürbar reduziert werden können. Einer weiteren Professionalisierung im Fürsorgewesen ist energisch entgegenzutreten. Stattdessen sind das Milizprinzip, die Gemeindeautonomie und die Bürgernähe zu stärken, da nur so für den konkreten Einzelfall eine angemessene, günstige und zugleich würdige Hilfe möglich ist. Familie, lokale Vereine, Kirchen und Unternehmen sollen ihren wichtigen Beitrag leisten können.

Die SVP ...

- setzt sich für die finanzielle Stabilisierung der Sozialwerke ein und lehnt den Ausbau des Sozialstaates ab;
- lehnt jegliche Erhöhung von Steuern und Abgaben für die Sanierung unserer Sozialwerke ab;
- setzt sich für die permanente Missbrauchsbekämpfung in den Sozialversicherungen ein;
- fordert in allen Sozialwerken eine Mindestbeitragsdauer, um die Aushöhlung des Sozialstaates durch Armutszuwanderung zu verhindern;
- verlangt zur Sicherung der AHV:
 - Rentenalter 65 für Frauen und Männer
 - vollständige Verwendung des seit 1999 erhobenen zusätzlichen Mehrwertsteuer-Prozents für die AHV
 - Rückzahlung der Schulden der Invalidenversicherung an die AHV
 - moderate und schrittweise Erhöhung des Rentenalters, angepasst an die steigende Lebenserwartung oder die Unterdeckung des AHV-Reservefonds
- fordert eine Verlagerung von Mitteln aus der Asyl- und Entwicklungshilfe in die AHV;
- fordert die Befreiung der AHV-Renten von der Bundessteuer und anderen Steuern;
- bekämpft die Quersubventionierung von Erwerbstätigen zu Rentnern in der Pensionskasse;
- fordert die Mitsprache der Gemeinden im Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzes und die Bevorzugung von Familienlösungen gegenüber Heimlösungen;
- verlangt ein Umdenken im Sozialhilfewesen:
 - Milizprinzip vor mehr Zentralisierung und weiterem Staatsausbau. Die Gemeindeautonomie im Fürsorgewesen muss gestärkt werden
 - Eingliederung vor Sozialhilfe. Sozialhilfe ist Überbrückungshilfe
 - Verbindlichkeit der SKOS-Richtlinien muss aus den kantonalen Sozialhilfegesetzen gestrichen werden
- bekämpft die durch eine falsche Asyl- und Zuwanderungspolitik entstehenden, unbezahlbaren Folgen in der Sozialhilfe;

Das bringt mir:

- als Rentner sichere Renten;
- als Jungem die Aussicht, auch langfristig sichere Sozialwerke zu haben;
- als in Not Geratenen die Sicherheit, nicht wegen Missbräuchen anderer schlechter dazustehen;
- als Konsument keine Erhöhung der Mehrwertsteuer für Sozialwerke;
- als Gemeindepolitiker die Möglichkeit, in jeder Situation bedarfsgerecht handeln zu können;
- als Gewerbetreibendem keine zusätzlichen Abgaben und Belastungen.

Gesundheit

Qualität dank Wettbewerb

Unser Gesundheitssystem gehört zu den besten, aber auch teuersten der Welt. Die zunehmende Verstaatlichung des Gesundheitswesens lässt die Begehrlichkeiten und die Prämien laufend steigen. Um dieser Entwicklung Einhalt bieten zu können, sind Fehlanreize im heutigen System zu beseitigen. Die Eigenverantwortung ist zu stärken. Die Bevormundung des Bürgers unter dem Vorwand der Gesundheitsförderung ist zu stoppen. Dem ausufernden Treiben des Bundsamts für Gesundheit (BAG) sind Grenzen zu setzen.

Überregulierter Gesundheitsbereich

Eine Gesellschaft, die immer länger lebt, und ein medizinischer Fortschritt, der immer mehr Behandlungsmöglichkeiten eröffnet, sind Faktoren, die zu einem immer grösseren Konsum an medizinischen Leistungen führen. Verbunden mit einem Versicherungsobligatorium ist klar, dass die Nachfrage nach Gesundheitsleistungen auch in Zukunft hoch bleiben wird. Ein weiterer Ausbau des Staates in diesem Bereich würde die Kostenentwicklung nicht bremsen, sondern die Situation verschlimmern.

Ausufernder Leistungskatalog

Im Krankenversicherungswesen geht es heute nicht mehr um einen individuellen Vertrag zwischen dem Patienten und seiner Versicherung, sondern um einen Leistungskatalog, den die Behörden festsetzen. Anstelle von Arzt und Patient bestimmt der Staat darüber, welche Behandlung «wirksam», «zweckmässig» und «wirtschaftlich» ist. Die Politiker wissen angesichts dieser Überforderung nichts Besseres, als den Leistungskatalog ständig durch immer neue, gefällige Angebote auszuweiten. Im wachsenden Angebot und der steigenden Nachfrage ist es schwierig geworden, nein zu sagen. Aber auch die Patienten, die Ärzte, die Pharmaindustrie und die Firmen der Medizinaltechnik wollen ihre Wünsche und Dienstleistungen im Katalog unterbringen. Diese ausufernde Abdeckung jedes Krankheitsrisikos und jedes individuellen Bedürfnisses führt seitens der Bevölkerung zu einer Vollkaskotalität, bei der jegliche Eigenverantwortung verloren geht.

Teurer Präventionswahn

Die Verstaatlichung des Gesundheitswesens und die dadurch entstandene Bürokratie haben immer grössere Kosten zur Folge. Alleine das BAG kostet mittlerweile über 3 Mrd. Franken jährlich. Das Budget dieses Bundesamtes, in dem fürstliche Durchschnittslöhne von 135'000 Franken jährlich bezahlt werden, soll bis 2021 um jährlich über 100 Mio. Franken wachsen. Begründet wird dieses massive Ausgabewachstum unter anderem mit den immer zahlreicheren Regulierungen, deren Einhaltung zu kontrollieren sei – Regulierungen übrigens, die just vom BAG selber eingeführt worden sind. Die Gesundheitsfunktionäre des BAG wollen mit Gesetzen und teuren Kampagnen der Gesellschaft zum angeblich guten und gesunden Leben

verhelfen. Nach Tabak und Alkohol folgen Laser, Licht und Schall, später wahrscheinlich Zucker, Fett oder Fleisch als Zielobjekte eines eigentlichen Präventionswahns. Immer mehr Geld fließt in zwielichtige und ideologisch motivierte Studien und Aufklärungskampagnen.

Fehlanreize beseitigen

Die SVP kämpft gegen die weitere Zentralisierung und Verstaatlichung im Gesundheitswesen. Weitere Staatseingriffe, neue Gesetze, Kontrollorgane und zentrale Kompetenzen beim Bund müssen verhindert werden, da sie heute bereits den Wettbewerb behindern und Fehlanreize schaffen. Statt auf den mündigen Bürger zu vertrauen, möchten die Gesundheitsapostel beim BAG in die gesundheitspolitischen Kompetenzen der Kantone eingreifen. Dies darf nicht sein. Die Rolle der Kantone ist gleichzeitig neu zu definieren und auf wesentliche Aufgaben der Aufsicht und Kontrolle zu beschränken. Die SVP plädiert daher für eine klare Rollen- und Reduktion der Interessenskonflikte. In diesem Sinne sollen die Spitäler verselbständigt, die tarifrechtlichen Fragen von den Tarifpartnern verhandelt und allenfalls von einer unabhängigen richterlichen Instanz bewilligt werden.

Eigenverantwortung stärken

Wettbewerb und Vertragsfreiheit müssen auch im Gesundheitswesen als Grundprinzipien wirken und daher gestärkt werden. Die Eigenverantwortung der Versicherten, d.h. auch deren Kostenbeteiligung, muss erhöht und eine übertriebene Anspruchshaltung verhindert werden. Das persönliche Verhältnis und die daraus abgeleiteten direkten Verantwortlichkeiten zwischen Arzt und Patient, zwischen Apotheker und Kunde oder auch zwischen Versicherung und Versichertem müssen im Vordergrund stehen. Die SVP befürwortet daher die Schaffung eines auf die wesentlichen gesundheitlichen Bedürfnisse beschränkten Grundleistungskataloges im Obligatorium, der um frei wählbare, aber durch Zusatzversicherungen finanzierte Leistungen ergänzt werden kann. Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene müssen ausserhalb des KVG-Systems und direkt auf Kosten des Bundes bzw. der Kantone behandelt werden.

Akademisierung der Pflegeberufe stoppen

Der heutige Mangel an Pflegepersonal ist auch die Folge von Fehlentscheidungen im Bildungsbereich. Für die SVP ist es nicht nachvollziehbar, wie mit einer Akademisierung der Pflegeberufe höhere Qualität und Quantität erreicht werden soll. Ein akademischer Titel belegt eine theoretisch ausgerichtete Ausbildung, sagt aber nichts über die Qualität zu Gunsten der Patienten aus. Es braucht eine Stärkung der verschiedenen praxisorientierten Pflegeausbildungsberufe. Zudem ist die Ausbildung eines einheimischen Ärztenachwuchses zu fördern.

Die SVP ...

- steht für ein freiheitliches Gesundheitswesen, das eine qualitativ hochstehende und effiziente Gesundheitsversorgung garantiert;
- fordert mehr Transparenz hinsichtlich Qualität und Preisen im Gesundheitswesen, um die Wahlfreiheit der Patienten zu stärken;
- fordert die konsequente Vermeidung von überflüssigen Leistungen, um das Prämienwachstum zu bremsen;

- setzt sich für die Vertragsfreiheit zwischen Krankenversicherungen und Leistungserbringern ein;
- setzt sich dafür ein, dass Behandlungsfehler nicht vom Patienten bzw. Prämien- und Steuerzahler, sondern von den Verantwortlichen bezahlt werden;
- begrüsst eine angemessene Erhöhung der Franchisen zur Stärkung der Eigenverantwortung;
- setzt sich dafür ein, dass bei ambulanten Praxis- oder Spitalbesuchen für jeden neuen Behandlungsfall ein Selbstkostenanteil in bar erhoben wird;
- verlangt, dass «Sans-Papiers» und abgewiesene Asylbewerber nicht der obligatorischen Krankenversicherung, inkl. Prämienverbilligung, unterstellt sind, sondern nur im Notfall versorgt werden;
- wehrt sich gegen fragwürdige und teure Behördenkampagnen unter dem Deckmantel der Prävention;
- lehnt die Legalisierung und Verharmlosung von Drogen ab;
- bekämpft den Pflegenotstand, indem sie sich dafür einsetzt, dass in der Langzeitpflege verstärkt Nachbarschaftshilfe, Verwandtenunterstützung, Freiwilligenarbeit und innovative Pflegeformen einbezogen und mit steuerlichen Anreizen gefördert werden;
- setzt sich für steuerliche Anreize ein, damit die Pflege am Lebensende selbst gewählt und eigenverantwortlich finanziert werden kann;
- bekämpft die Bürokratie im Gesundheitsbereich, damit wieder mehr Zeit den Patienten gewidmet werden kann;
- setzt sich dafür ein, dass stationäre und ambulante Behandlungen einheitlich finanziert werden;
- setzt sich ein für eine rasche landesweite Einführung des elektronischen Patientendossiers, um die damit verbundenen Effizienzgewinne zu Gunsten der Prämien- und Steuerzahler zu nutzen;
- fordert, dass die Krankenkassenprämien der Grundversicherung vollumfänglich von den Steuern abgezogen werden können;
- unterstützt das Ziel, dass die Ausgaben im Gesundheitswesen nicht stärker anwachsen als die Löhne der Prämienzahlerinnen und Prämienzahler.

Das bringt mir:

- als Patient eine qualitativ hochstehende Betreuung;
- als Versichertem bezahlbare Krankenkassenprämien;
- als Bewohner einer Randregion Gesundheitsversorger in der Umgebung;
- als Arzt die freie Ausübung meines Berufes ohne zunehmende staatliche Bevormundung.

Landwirtschaft

Für eine einheimische Produktion

Die SVP setzt sich für eine produzierende Landwirtschaft ein, welche die Bevölkerung mit gesunden, marktnah produzierten Nahrungsmitteln versorgt. Für ihre wichtigen Leistungen im Dienst der Allgemeinheit müssen Bauernfamilien ein vernünftiges Einkommen verdienen. Die Planungssicherheit und Innovationskraft einer unternehmerisch ausgerichteten Landwirtschaft ist zu stärken. Dazu ist die überbordende Ökologisierung und Bürokratie auf ein vernünftiges Mass zurückzufahren. Dem Kulturland ist im Gegenzug Sorge zu tragen und es ist angemessen zu erhalten.

Bauernsterben setzt sich fort

Vor hundert Jahren gab es in der Schweiz über 243'000 Landwirtschaftsbetriebe, 1990 waren es 108'000, 2017 gerade noch 51'620.

Mit diesem anhaltenden, negativen Strukturwandel nahm auch die Anzahl der Beschäftigten drastisch ab. 2017 waren es noch 153'864 Personen, das entspricht einer Abnahme von rund 25 Prozent in 17 Jahren.

Die Bevölkerung steht hinter dem Bauernstand und weist diesem durch die Bundesverfassung und das Landwirtschaftsgesetz bedeutende Aufgaben zu. Für den Erfolg der zukünftigen Agrarpolitik ist es denn auch notwendig, dass der Volkswille und die Bestimmungen zur Ernährungssicherheit konsequent umgesetzt werden. Der Auftrag ist glasklar: Stopp der einseitigen Priorisierung der Ökologie in der Landwirtschaft, keine weitere Grenzöffnung, die Verbesserung der Rahmenbedingungen und damit die Stärkung der inländischen Produktion von gesunden Lebensmitteln.

Die Bauern sind jedoch aufgrund der aktuellen Agrarpolitik immer weniger in der Lage, dem Verfassungsauftrag nachzukommen: Ausufernder Regulierungswahn, beispielsweise im Raumplanungs-, Bau- und Umweltrecht, setzen der produzierenden Landwirtschaft arg zu. Der Erhalt eines möglichst hohen Selbstversorgungsgrades, aber auch die Bewirtschaftung und Pflege der Kulturlandschaft ist damit akut gefährdet.

Selbstversorgungsgrad darf nicht weiter sinken

Die Schweiz ist bereits heute pro Kopf einer der weltweit grössten Nettoimporteure von Nahrungsmitteln. Während wir pro Einwohner und Jahr für rund 600 Franken Nahrungsmittel importieren, liegt dieser Wert in der EU etwa zehnmal tiefer. Der Netto-Selbstversorgungsgrad (importierte Futtermittel für die tierische Inlandproduktion abgezogen) lag im Jahr 2000 noch bei 59 Prozent und ist seitdem auf unter 50 Prozent weiter gesunken. Die Schweiz ist damit weit davon entfernt, sich selbst zu versorgen. Nach Ansicht der SVP sind in jedem Fall leistungsfähige Familienbetriebe mit zukunftsfähigen Strukturen zu fördern.

Produzierende Landwirtschaft

Unsere produzierende Landwirtschaft bietet die effizienteste und günstigste Möglichkeit für die Erhaltung einer vielfältigen und gut strukturierten Kulturlandschaft. Das ist ökologisch sinnvoller, als wenn die Landwirtschaftsprodukte über Kontinente hinweg transportiert werden. Mit der aktuellen Agrarpolitik hat die Schweiz jedoch genau den gegenteiligen Weg eingeschlagen, das heisst, die extensive Landwirtschaft wird auf Kosten der produzierenden Landwirtschaft gefördert. Wir tun damit also genau das, was wir eigentlich nicht tun sollten: Erstens importieren wir immer mehr Lebensmittel ohne die Produktionsbedingungen zu kennen, wobei wir zweitens auch unsere Abhängigkeit vom Ausland erhöhen. Zudem fällt immer mehr wertvolles Landwirtschaftsland der Verwaltung und der Renaturierung von Gewässern zum Opfer. Auch durch die hohe Zuwanderung wächst die Siedlungsfläche zulasten des Kulturlandes.

Landwirtschaft nicht auf dem Altar des Freihandels opfern

Die vom Bundesrat angestrebten Agrarfreihandelsabkommen, die im Bereich Landwirtschaft eine viel zu weit gehende Grenzöffnung vorsehen, hätten existenzbedrohende Folgen für die hiesigen Bauernfamilien. Die Senkung der Lebensmittelpreise auf EU- oder gar auf Weltmarktpreisniveau – bei nahezu gleichbleibenden Produktionskosten – würde die Existenz einer einheimischen Landwirtschaft zerstören. Das würde sich wiederum negativ auf die dezentrale Besiedelung, die Pflege der Kulturlandschaft wie auch auf die Sicherheit und Qualität der Lebensmittel auswirken. Einen unkontrollierten Agrarfreihandel lehnt die SVP daher ab.

Sinnvolle Raumplanung

Das Raumplanungsgesetz ist darauf auszurichten, dass unternehmerische Landwirte ihre Betriebe zukunfts- und marktorientiert entwickeln können.

Die SVP setzt sich für eine Raumplanung ein, die bei bestehenden Bauten und Anlagen ausserhalb der Bauzone eine flexible und vollständige Nutzung zulässt. Damit wird Kulturland geschützt, das Landschaftsbild erhalten und Wertschöpfung im ländlichen Raum sichergestellt. Die SVP steht zu einem sparsamen Umgang mit Landwirtschaftsland.

Weniger Agrarbürokratie, sauberes Trinkwasser und Schutz vor Grossraubtieren

Die SVP wehrt sich zudem gegen den steten Ausbau der Richtlinien und Vorschriften im Tier-, Gewässer- und Umweltschutz, die immer höhere Kosten und einen unverhältnismässigen administrativen Aufwand verursachen. Festgehalten werden muss im Zusammenhang mit der Qualität der Wasserversorgung, dass die Schweizer Trinkwasserqualität im weltweiten Vergleich hervorragend und für die Landwirtschaft von zentraler Bedeutung ist. Die SVP nimmt die Herausforderungen rund um die Trinkwasserqualität sehr ernst. Für die SVP ist zudem klar, dass Grossraubtiere keinen Platz in unserem dichtbesiedelten Land haben. Dem Wohl der verschiedenen Nutztiere und dem Erhalt von seltenen Rassen ist mehr Gewicht zuzumessen, als demjenigen von Grossraubtieren wie dem Wolf oder dem Bären.

Die SVP...

- fordert den Erhalt der Ernährungssicherheit in der Schweiz durch einen Selbstversorgungsgrad von mindestens 60 Prozent;
- kämpft für die Sicherung der Existenzgrundlage für die landwirtschaftlichen Familienbetriebe;
- will die produzierenden Landwirtschaftsbetriebe stärken und die administrativen Auflagen minimieren;
- setzt auf die einheimische Produktion, Verarbeitung und Vermarktung und lehnt einen Agrarfreihandel ab;
- wehrt sich gegen immer neue Vorschriften im Tier-, Gewässer- und Umweltschutz, die zu höheren Kosten und administrativen Erschwernissen führen;
- setzt sich für eine Raumplanung ein, die bei bestehenden Bauten und Anlagen ausserhalb der Bauzone eine flexible und vollständige Nutzung zulässt;
- kämpft für die Investitionssicherheit, indem die nach neusten Erkenntnissen und Vorschriften realisierten Bauten und Einrichtungen während ihrer Abschreibungsdauer nicht mehr verändert bzw. angepasst werden müssen;
- befürwortet gezielte Fördermassnahmen von Viehwirtschaft zur Stärkung der produktiven Grünlandbetriebe;
- verlangt, dass der absolute Schutz des Waldes zugunsten des Erhalts des Kulturlands gelockert wird;
- wehrt sich gegen «agrarpolitische Experimente» unter dem Deckmantel der – bereits im internationalen Vergleich hervorragenden – «Trinkwasserqualität»;
- unterstützt ein rasches Eingreifen von Bund und Kantonen, um die Bestände der Grossraubtiere zu mindern.

Das bringt mir:

- als Konsument gesunde Nahrungsmittel aus einheimischer Produktion;
- als Bauernfamilie Perspektiven für die Zukunft;
- als Landwirt die nötige unternehmerische Freiheit;
- als Wanderer und Tourist eine gepflegte Kulturlandschaft;
- als naturliebender Mensch eine schöne und intakte Landschaft.

Verkehr

Kampf den Staus und Schikanen im Strassenverkehr

Die Mobilität gilt als Motor von Wirtschaft und Handel sowie als Wohlstandsgarantin. Die Verkehrsinfrastruktur ist deshalb nicht nur ein Erfolgsfaktor und Standortvorteil, sondern auch eine Visitenkarte unseres Landes. Permanente Überlastungssituationen auf dem Strassennetz sind ein Armutszeugnis für ein fortschrittliches Land.

Seit 2007 wurde die Strasse gegenüber der Schiene vernachlässigt, während jedes Jahr durchschnittlich über 70'000 Menschen (Stand 2007-2018) mehr in die Schweiz eingewandert sind, die unsere Strassen zusätzlich belasteten. Wer so viele Menschen in unserem kleinen Land will, muss ihnen auch die Infrastruktur zur Verfügung stellen. Und das ist beim Strassenverkehr nicht passiert. Resultat: tägliche, lähmende Staus. Den Nationalstrassen wurden seit 2007 nicht einmal die Mittel zugeführt, welche für einen anständigen Unterhalt nötig wären. Das Resultat: Der Gesamtzustand von Fahrbahnen und Belägen verschlechterte sich aufgrund der Mehrbelastung. Das muss sich sofort ändern.

Die Strasse darf gegenüber der Schiene nicht mehr benachteiligt werden. Denn in unseren Nachbarländern ist es genau umgekehrt. Dort basiert der gesamte Handel und damit die Wirtschaft fast ausschliesslich auf dem Strassennetz. Die Schweiz droht ihr Geld für die Verkehrsinfrastruktur auf die falsche Karte zu setzen. Denn mit der Elektromobilität und selbstfahrenden Fahrzeugen dürfte die Strasse noch zunehmend an Bedeutung gewinnen.

Umverteilung, Quersubventionierung und Zweckentfremdung sind ebenso zu stoppen, wie der Raubzug auf die Automobilisten durch immer neue und höhere Abgaben, Gebühren und überbordende Bussen-Konzepte.

Auch im für die Wirtschaft und den Tourismus existenziellen Luftverkehr gilt es, die Handbremse endlich zu lösen. Die SVP setzt sich deshalb für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen der Luftfahrt durch sinnvolle und wirtschaftsfreundliche Massnahmen und Verträge sowie einen Abbau von Auflagen und Regulierungen ein.

Verkehrsnetz hinkt hinterher

Das enorme Verkehrswachstum der letzten Jahrzehnte stellt unsere Infrastruktur vor grosse Herausforderungen. An vielen Stellen ergeben sich Engpässe. Dies zeigt sich auch in der Zunahme der Staustunden der letzten Jahre auf dem gesamten Strassennetz. Am meisten Staus, Behinderungen und Unfälle gibt es jedoch auf den Hauptachsen, wie die Staubelastung auf dem Nationalstrassennetz zeigt. Mittlerweile leiden nicht mehr nur das Gewerbe und die Wirtschaft darunter, sondern auch der Tourismus. Wenn das so weitergeht, wird unser Land grossen Schaden nehmen.

Einseitige Verkehrspolitik

Dieser Zustand ist einerseits Folge von Wirtschaftswachstum, steigender Mobilität und hoher Zuwanderung, auf der anderen Seite aber auch einer von Bundesrat und Parlament verfolgten einseitigen Verkehrspolitik. Eine Optimierung der Verkehrsflüsse mittels Verkehrsmanagement-Massnahmen (Benutzung von Pannestreifen, temporäre Geschwindigkeitsreduktionen, Rechtsvorbeifahren, zeitlich begrenzte Lastwagenüberholverbote) kann zwar die Probleme lindern, aber nur vorübergehend. Angesichts der prognostizierten Wachstumsraten kommt niemand mehr an einem weitreichenden Ausbau der Strasseninfrastruktur in der Schweiz vorbei. Denn auch Elektroautos und selbstfahrende Fahrzeuge brauchen Strassen und Parkplätze.

Engpässe beseitigen

Die Schweizerinnen und Schweizer bezahlen immer mehr fürs Autofahren (Steuern und Abgaben), bekommen aber immer weniger Gegenleistungen. Oberstes Ziel muss sein, mit den vorhandenen Mitteln die wichtigsten Engpässe umgehend zu beseitigen sowie Ausbauten dort vorzunehmen, wo die Belastung am grössten ist. Mit den Fonds FABİ (für die Bahn) und NAF (für die Strassen) verfügt der Bund über Mittel dazu. Die SVP setzt sich dafür ein, dass die finanziellen Mittel des NAF für die Strasse richtig priorisiert und nicht im grossen Stil für Agglomerationsverkehr (ÖV- und Fahrradprojekte) abgezweigt werden. Es gilt einzig das Kriterium der Wirtschaftlichkeit, der Dringlichkeit und der Nachfrage der Verkehrsbenutzer.

Bussen- und Gebührenterror auf Kosten der Autofahrer

Die Autofahrer werden in einigen Kantonen durch ein skandalöses Bussenregime regelrecht abgezockt. Die dadurch angeblich erhöhte Sicherheit der Strassenbenutzer entpuppt sich angesichts der fest budgetierten Busseneinnahmen als Vorwand. Die Entwicklung über die Jahre zeigt ein stetiges Ansteigen dieser Einnahmen. Das ist Bussenterror auf Kosten der Autofahrer. Als wäre dies nicht genug, muss sich die SVP ständig gegen neue Abgaben und Gebühren im Strassenverkehr wehren, z.B. Mobility-Pricing, höhere Treibstoffgebühren, Erhöhung des Vignettenpreises, CO2-Abgaben usw. Während andere Verkehrsteilnehmende gratis (z.B. Velofahrer) oder stark subventioniert (ÖV-Benutzer) von immer mehr Infrastruktur profitieren können, wird der Autofahrer immer mehr zur Kasse gebeten. Dieser einseitige Raubzug gegen die Autofahrer gilt es endlich zu stoppen.

Grössenwahn der SBB stoppen

Milliarden Franken fliessen in den öffentlichen Verkehr. Am meisten profitiert die SBB. Dies hat teure Folgen. Die Personalkosten bei der SBB wuchsen um über 25 Prozent (plus 1 Milliarde Franken) innert nur zehn Jahren (2006-2016). Die Auslastung der Züge ist aber immer noch zu gering. Aber bei den Immobilien wird geklotzt. Der SBB-Hauptsitz in Bern oder verschiedene Bahnhofneubauten zeugen davon, dass die SBB den Pfad der Selbstbeschränkung und Bescheidenheit längst verlassen hat. Die Konkurrenzierung Privater durch die SBB, auf dem Immobilienmarkt und in anderen Bereichen ausserhalb des Kernauftrags, ist zu stoppen. Die SVP fordert mehr Konkurrenz auf dem Schweizer Schienennetz, etwa durch Privatbahnen wie die BLS oder SOB, nicht primär für günstigere Ticketpreise, sondern vor allem damit die Betriebskosten vergleichbar werden und unter Druck kommen.

Grundsätze der künftigen Verkehrspolitik

1. Jedes Verkehrsmittel bekommt die Mittel, die es erwirtschaftet (über die bisherigen Steuern, Abgaben usw.). Mit diesem Grundsatz wird der Zweckentfremdung und Quersubventionierung wirksam einen Riegel geschoben.
2. Jede Erhöhung von bestehenden Abgaben und die Einführung von neuen Abgaben sind dem fakultativen Referendum zu unterstellen.
3. Die Rechnungslegung der einzelnen Verkehrsträger ist auf eine transparente und nachvollziehbare Grundlage zu stellen.
4. Die Eigenwirtschaftlichkeit der Verkehrsträger ist zu verbessern. Ziel muss sein, dass sich die Verkehrsträger mittelfristig ohne staatliche Subventionen finanzieren können. Dazu braucht es auch auf der Schiene mehr Wettbewerb.

Die SVP ...

- sagt Nein zu Tunnelgebühren, Mobility-Pricing, CO₂-Abgaben auf Treibstoff, E-Vignette, Erhöhung des Preises der Autobahnvignette und Erhöhungen der LSVA;
bekämpft die ständige Übernahme von EU-Recht im Verkehr;
- engagiert sich gegen jegliche Benachteiligung von Verkehrsträgern und spricht sich für die freie Wahl des Verkehrsmittels aus;
- fordert den Stopp der Quersubventionierung der Schiene durch Gebühren und Abgaben des Strassenverkehrs;
- wehrt sich gegen Verkehrsbussen, bei denen nicht die Sicherheit der Bürger, sondern offensichtlich die Staatseinnahmen im Vordergrund stehen;
- fordert richterliches Ermessen bei der Beurteilung der «Via sicura»-Bestimmungen;
- kämpft dafür, dass innerorts auf Hauptstrassen und wichtigen Durchfahrtsstrassen generell Tempo 50 gilt;
- ist offen für neue Antriebsarten (Elektro, Gas, Wasserstoff, Hybrid usw.), bekämpft aber deren staatliche Förderung und lehnt Verbote von Benzin- oder Dieselmotoren ab;
- unterstützt neue Mobilitätsformen wie autonom fahrende Autos, Lastwagen und Busse sowie Geschäftsmodelle an der Schnittstelle zwischen Mobilität und Internet;
- lehnt eine Lockerung des bestehenden Kabotageverbots im Güter- und Personentransport auf der Strasse ab;
- will Transparenz bei den Bau- und Folgekosten von Infrastrukturprojekten durch den Einbezug der Wirtschaftlichkeit als oberstes Kriterium;
- fordert die Fertigstellung des Ausbaus des Lötschberg-Eisenbahntunnels
- verlangt einen höheren Kostendeckungsgrad im Schienenverkehr;
- fordert eine Beibehaltung der aktuellen Betriebszeiten auf den Schweizer Flughäfen sowie die Bewilligung von massvollen Kapazitätsverbesserungen (Schnellabrollwege, optimierte An- und Abflugverfahren etc.);
- wehrt sich gegen CO₂-Zuschläge und staatlichen Abgaben auf Flugtickets.

Das bringt mir:

- als Autofahrer mehr Sicherheit, weniger Stau, keine neuen Steuern und weniger staatliche Abgaben beim Tanken;
- als Bahnfahrer weniger überfüllte Züge und eine freie Wahl des Bahnunternehmens;
- als Transporteur genügend Kapazitäten auf Strasse und Schiene und die Garantie, dass meine Produkte rechtzeitig beim Kunden ankommen;
- als Tourist die Schweiz geniessen und nicht stundenlang vor einspurigen Tunnels herumstehen;
- als Angestelltem einer internationalen Firma zuverlässige Verbindungen in die ganze Welt.

Energie

Für eine Energieversorgung mit Zukunft

Ohne Energie steht die Welt still. Energie wird für alle Bereiche des menschlichen Lebens benötigt, sei es zur Herstellung von Gütern, bei der täglichen Arbeit oder in der Freizeit. Die Schweiz verfügt aktuell über eine funktionierende, sichere und günstige Energieversorgung mit einer starken einheimischen Stromproduktion. Durch die Annahme des Energiegesetzes im Jahre 2017 wird sich dieser Zustand jedoch ändern.

Gefährliches Experiment

Das neue Energiegesetz will mit einer Reihe von Massnahmen den Energieverbrauch senken. So sind neben mehr Subventionen für erneuerbare Energien auch Ziele zur Senkung des gesamten Energieverbrauchs gesetzt. Dieser ist bis 2035 gegenüber dem Jahr 2000 um 43 Prozent zu reduzieren – eine praktische Halbierung also. Mit welchen Massnahmen dies geschehen soll, ist bislang unklar.

Wachsender Energiebedarf

Trotz Sparmassnahmen und mehr Energieeffizienz wächst der Energiekonsum weiter. Das Wachstum der ständigen Wohnbevölkerung, der Wirtschaft, Mobilität wie auch des Wohnungsbestands sorgen dafür, dass unser Energiebedarf auch künftig nicht kleiner, sondern ansteigen wird. Unter diesem Aspekt eine Halbierung des Energieverbrauchs zu fordern, ist vollkommen illusorisch.

Wachsende Kosten bremsen das Gewerbe

Steigende Energiepreise und damit höhere Kosten sind Gift für Wachstum und Wohlstand unseres Landes. Neben dem Anstieg der Produktionskosten und der Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit hat die Bevölkerung damit auch weniger Geld zur Verfügung.

Anstelle ständig höherer Abgaben und Gebühren ist eine Reduktion der Belastungen anzustreben. Anstelle von mehr Regulierungen sind Vereinfachungen vorzunehmen. Energieträger sind nicht als Steuerquelle oder Erziehungsinstrument zu missbrauchen, sondern als reiner Produktionsfaktor zu sehen. Massnahmen haben praxisnah zu sein und dürfen keine ideologischen Ziele verfolgen.

Schädliche Subventionen

Die Milliarden an Abgaben auf die verschiedenen Energieträger fliessen grösstenteils in den Bundeshaushalt. Mit dem Rest werden erneuerbare Energien wie Wind- oder Solarkraft subventioniert – mit sehr mässigem Erfolg. Im Jahre 2017 entfielen gerade einmal 2,9 Prozent der gesamten schweizerischen Stromproduktion auf die erneuerbaren Energien Wind und Sonne. Um die Kernenergie mit einem Anteil von knapp 32 Prozent am Strommix ersetzen zu können, reicht das hinten und vorne nicht aus.

Einsparungen zum Nulltarif?

Eine zukunftsgerichtete Energiepolitik hat sich an den Prinzipien Nachfrage, Wirtschaftlichkeit, Unabhängigkeit und Umweltfreundlichkeit zu orientieren. Effizienz tönt zwar sehr gut, in der Realität ist es aber so, dass Einsparungen nur schwierig und schon gar nicht gratis zu haben sind. Die oben erwähnte Halbierung des Energieverbrauchs in den kommenden 17 Jahren wird sich vor allem auf die Reduktion der fossilen Energieträger konzentrieren. Dies macht sowohl aus versorgungs- als auch aus umweltpolitischer Sicht Sinn. Dabei gilt es aber zu beachten, dass die Reduktion der fossilen Energien zwingend einen anderen Energieträger als Ersatz benötigen. Anders gesagt: Der Ersatz einer Ölheizung durch eine Wärmepumpe oder eines Benzinautos durch ein Elektrofahrzeug, führt zwangsläufig zu einem höheren Stromverbrauch und ist daher alles andere als nachhaltig.

Mehr Strom aus Eigenproduktion

Damit ist ebenfalls klar, dass es künftig nicht eine geringere, sondern eine höhere Stromproduktion braucht. Diese ist im Sinne einer Verbesserung der Unabhängigkeit mehrheitlich im Inland auszubauen. Dazu braucht es aber Strom, der jederzeit und bei allen Witterungsbedingungen verfügbar ist. Diese Voraussetzungen können neben den fossilen Energieträgern nur die Wasser- und die Kernkraft erfüllen. Da gesetzlich die bestehenden Kernkraftwerke in der Schweiz nicht ersetzt werden dürfen, sind vor allem die Rahmenbedingungen für die Nutzung von Wasserkraft klar zu verbessern.

Versorgungssicherheit als Grundsatz

Das oberste Ziel einer vernünftigen Energiepolitik ist günstige, unabhängige, reichlich verfügbare und umweltfreundliche Energie. Dieser Grundsatz wird mit dem aktuellen Energiemix eingehalten. Diese Hauptpfeiler unserer Stromversorgung sind jedoch in Gefahr. Der Ersatz der bestehenden Kernkraftwerke durch neue Anlagen und damit rund 32 Prozent unserer einheimischen Stromproduktion ist gesetzlich verboten. Die Wasserkraft mit knapp 60 Prozent Anteil ist aufgrund der hochsubventionierten Wind- und Sonnenenergie im In- und Ausland ebenfalls in Gefahr. Investitionen in diese Energieträger werden wegen der unsicheren Lage verzögert oder gar nicht mehr getätigt. Die vorgesehenen neuen Anreizsysteme für diesen wichtigsten einheimischen Energieträger sind zwar wichtig, reichen aber für einen Ausbau kaum aus.

Für eine vernünftige Energiepolitik

Die Energiepolitik der Zukunft hat sich an realistischen Annahmen und Massnahmen und nicht an ideologischen und utopischen Wunschvorstellungen zu orientieren. Staatliche und regulatorische Eingriffe wie die Erhöhung von bestehenden Abgaben und Gebühren wie auch die Schaffung neuer Steuern im Energiebereich sind auf ein Minimum zu reduzieren.

Jeder Energieträger soll, seinen Vorteilen entsprechend, an der Produktion beteiligt sein. Benachteiligungen oder gar Verbote sind abzulehnen. Anstelle eines immer dichter werden Regulierungsdickichts sind mehr Eigenverantwortung und der Abbau von Vorschriften das Gebot. Die Wirtschaft aber auch die Gesellschaft soll selber entscheiden, welchen Energieträgern sie den Vorzug geben will. Oberstes Ziel bleibt, unser Land so unabhängig wie möglich vom Ausland zu machen.

Die SVP ...

- will gesicherte, ausreichende und bezahlbare Energie für Private und Wirtschaft;
- bekämpft die teure, wirtschaftsschädigende, ideologische und einschränkende Energiepolitik auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene;
- widersetzt sich Gesetzen und Vorlagen, welche einseitig auf Schutz oder Subventionen ausgerichtet sind;
- fordert, dass sich die Energieversorgung an den Prinzipien Nachfrage, Wirtschaftlichkeit, Unabhängigkeit, Umweltfreundlichkeit und geringe Immissionen orientiert;
- lehnt neue oder höhere Abgaben, Gebühren oder Steuern, welche die Energie verteuern, kategorisch ab;
- wehrt sich gegen staatliche Lenkungs- und Förderabgaben sowie weitere Regulierungen, Vorschriften und Verbote im Energiebereich, die insbesondere Gewerbe, Randregionen und Bevölkerung benachteiligen;
- befürwortet den Erhalt wie auch den Ausbau der inländischen Stromproduktion, insbesondere der Wasserkraft;
- spricht sich gegen Technologieverbote wie beispielsweise ein Ölheizungsverbot oder ein Fahrverbot für Benzin- oder Dieselaautos aus;
- setzt sich für die Beibehaltung des bisherigen bewährten Strommix ein und lehnt eine politisch motivierte vorzeitige Abschaltung der bestehenden Kernkraftwerke sowie eine Verschlechterung der Rahmenbedingungen für alle Energieträger dezidiert ab;
- zieht positive Anreize wie Steuervergünstigungen und Investitionsabzüge im Bereich erneuerbare Energie und Energie-Effizienzsteigerungen der Subventionspolitik vor;
- begrüsst die private Forschung und Realisierung von Projekten im Bereich neuer erneuerbarer Energien wie Erdwärme, Wind- und Solarenergie sowie Biomasse ohne neuen Subventionen oder Abgeltungen.

Das bringt mir:

- als Konsument jederzeit genügend Energie zu einem günstigen Preis;
- als Unternehmer eine sichere und bezahlbare Energieversorgung mit hoher Planungs- und Kostensicherheit;
- als umweltbewusstem Bürger eine schadstoffarme und vom Ausland weitgehend unabhängige Energieversorgung;
- als Hauseigentümer keine neuen Vorschriften, Verbote, Zwänge und damit weniger Kosten;
- als Bewohner einer Randregion zukunftsfähige Arbeitsplätze in der Nähe;
- als Staatsbürger mehr Unabhängigkeit vom Ausland und den internationalen Preisen sowie weniger Erpressungsmöglichkeiten gegen unser Land.

Umwelt

Eine lebenswerte Umwelt für heute und morgen

Eine intakte Umwelt bringt Lebensqualität und Wohlbefinden. Daher ist es im ureigensten Interesse eines Jeden der Umwelt und damit auch unserem Umfeld Sorge zu tragen. Dies geht am besten, indem man eigenverantwortlich handelt und die Erkenntnisse von Wissenschaft und Forschung praxisnah umsetzt. Linker Verbotswahn und fundamentalistischer Staats- und Erziehungszwang sind schlechte Ratgeber. Freiwilligkeit und gesundes Masshalten bieten das bessere Rezept.

Der Umwelt geht es gut

Unseren Böden und Gewässern geht es ausgezeichnet. Die Emissionen und Schadstoffe sind seit Jahrzehnten zurückgegangen – die schöne Natur ist einer der Trümpfe unseres Landes. Durch die Umsetzung der Erkenntnisse aus Wissenschaft und Technik wird dies auch künftig weitergehen.

Im Gegensatz zu den meisten Ländern hat die Schweiz in vielerlei Hinsicht eine denkbar schlechte Ausgangslage. Unsere geografische Lage mit vielen Gebirgen und hügeligem Gelände bietet schlechte Voraussetzungen für sparsame Fahrzeuge. Unsere harten Winter und heissen Sommer führen zu einem höheren Energieverbrauch als in einem durchschnittlichen Land. Trotz dieses Mankos und trotz eines massiven Bevölkerungswachstums infolge Zuwanderung (+1,73 Mio. Personen), einer erhöhten Mobilität (60% mehr Fahrzeuge), mehr Wirtschaftswachstum und Wohlstand (+48% BIP pro Kopf) seit 1990 ist die Schweiz eines der wenigsten Industrieländer, welches ihre internationalen Ziele einhält.

Stopp dem Regulierungs- und Verbotswahn

Dieses hervorragende Ergebnis kommt nicht von ungefähr. Die Schweiz besitzt bereits heute ein engmaschiges Netz an Umweltgesetzen und -vorschriften. Probleme der Vergangenheit, wie ehemalige Deponien und Lagerstätten, werden mit modernster Technik angegangen und eliminiert. Auch hier zeigt sich die praktische Veranlagung unseres Landes, eine Situation zuerst zu analysieren und danach eigenverantwortlich zu handeln und eine Lösung zu finden.

Aufgrund der jetzt schon rigorosen Gesetzgebung bringen weitere Regulierungen und Verbote keine Verbesserung. Viel sinnvoller wäre es die bestehenden Regeln umzusetzen. Zusätzliche staatliche Eingriffe bedeuten immer auch Kosten, was sich ebenfalls negativ auswirkt. Denn nur ein Land mit hohem Wohlstand und gesunder Wirtschaft hat überhaupt die Mittel, die Anwendung von neuen Technologien umzusetzen und damit Verbesserungen zu erreichen.

Gegen Schwarzmalerei und Ideologien

Die oben erwähnten hervorragenden Ergebnisse, erreicht durch die Anstrengungen der Bevölkerung und Wirtschaft und das bereits bestehende dichte Gesetzesgeflecht im Umweltbereich, beeindrucken die linken ideologisch verbrämten Berufspessimisten wenig. Mit grosszügiger medialer Unterstützung wird den Leuten mit Jammern und ewiger Nörgelei versucht, ein schlechtes Gewissen einzureden. Ziel

dieser Schwarzmalerei ist die Durchsetzung einer Politik von staatlicher Erziehung und Zwang sowie zusätzlichen Verboten und noch mehr Abzockerei zum Nachteil der gesamten Bevölkerung.

Weniger Abgaben und Gebühren

Das negative Umwelt-Trommelfeuer zeigt leider mehr und mehr Wirkung. Die über Jahrzehnte im Namen des Umweltschutzes eingeführten neuen - sowie die Erhöhung bereits bestehender - Abgaben und Gebühren führen zu immer höheren Kosten. 2016 wurden für den Umweltschutz 11,4 Mrd. Franken ausgegeben – alleine die Ausgaben der Haushalte für diesen Bereich stiegen in 8 Jahren um satte 24%.

Neben den Abgaben auf Treibstoffe, Heizöl, Abfall, Wasser oder Strom, sind auch andere Gebühren wie für das Recycling direkte Folgen einer übermässigen staatlichen Regulierung. Weitere Abgaben wie ein Flaschen- oder Dosenpfand wie auch Fahrverbote für gewisse Fahrzeugtypen werden mit schöner Regelmässigkeit im Parlament vorgeschlagen – zum Glück bislang ohne Erfolg. Gerade im Recyclingbereich ist die Rücklaufquote hervorragend und das weitgehend ohne staatliche Einmischung oder neue Systeme.

Mehr Praxis, statt weltfremde Theorien

Die Wirtschaft und Bevölkerung hat bislang mit umsichtiger Eigenverantwortung die Erkenntnisse des technischen Fortschritts in der Praxis ohne staatlichen Zwang angewendet. Ganze Berufszweige und neue Berufsbilder sind dadurch entstanden. Damit wurde nicht nur mehr Wirkung erzielt als mit staatlichem Regulierungs-, Strafen- und Verbotswahn, sondern auch Wohlstand erschaffen. Umweltschutz braucht keine neuen Gesetze, Vorschriften und mehr Bürokratie, sondern mehr unternehmerische Freiheit und die konsequente Durchsetzung des bestehenden Rechts.

Ebenso wenig braucht es einseitige überbordende Ziele wie die Halbierung der CO₂-Emissionen bis 2030 oder generell Schweizer Alleingänge in der Umwelt- und Klimapolitik. Dies gilt nicht nur für den internationalen Bereich, sondern vor allem auch im eigenen Land. Die Erkenntnis, dass im Kleinen die Probleme besser gelöst werden können als durch einen allmächtigen Zentralstaat, ist nicht neu. Damit die verfassungsmässigen Kompetenzen der Kantone und Gemeinden z.B. in der Raumplanung in der Praxis auch angewendet werden, braucht es stetige Erinnerung und vor allem Wachsamkeit.

Vorbildfunktion jedes Einzelnen

Das Prinzip der Eigenverantwortung und Freiwilligkeit gilt in fast allen Bereichen. Insbesondere im Bereich der Umwelt ist es jedoch nicht wegzudenken. Die Müllexzesse, sei es an Festivals oder Grillabenden in öffentlichen Parks, sind nicht Auswuchs von zu laschen Gesetzen, sondern vor allem ein Erziehungsproblem. Mit aktivem Vorgehen durch Private aber auch Unternehmen kann vorbildlich gezeigt werden, dass Umweltschutz auch ohne Staat funktioniert und keine neuen Steuern, Subventionen oder Gebührensysteme benötigt werden.

Die SVP ...

- befürwortet sinnvolle Bestrebungen zur Erhaltung, Wiederherstellung und Verbesserung der natürlichen Lebensgrundlagen;
- setzt auf die in der Praxis erprobten Erkenntnisse und Errungenschaften von Wissenschaft, Technik und Industrie zur Bewältigung der Umweltprobleme;
- steht ein für geeignete Massnahmen im Bereich Raumplanung, Gewässerschutz, Luftreinhaltung sowie eine unabhängige, wirtschaftliche und umweltfreundliche Energiepolitik;
- widersetzt sich der Musealisierung der Landschaft durch überbordende Schaffung subventionierter Naturparks oder Schutzzonen mit bürokratischen Auflagen für Landwirtschaft, Gewerbe, Tourismus und betroffene Regionen;
- verlangt, dass jeder ungerechtfertigte Widerstand gegen wichtige Bau- und Infrastrukturprojekte voll entschädigungspflichtig wird und dass das Verbandsbeschwerderecht wie auch die Zahl der legitimierten Organisationen in diesem Bereich eingeschränkt wird;
- fordert eine Anpassung des Raumplanungsgesetzes, mit dem Ziel, den Kantonen ihre verfassungsmässige Kompetenz über die Raumplanung zurückzugeben, damit alle Regionen genügend Entwicklungsmöglichkeiten haben;
- lehnt einen Alleingang der Schweiz bei umwelt- und klimapolitischen Zielen wie die Halbierung der CO₂-Emissionen bis 2030 und deren Umsetzung ohne international verbindliche Beschlüsse aller Staaten entschieden ab;
- wehrt sich gegen jegliche neuen oder die Erhöhung bestehender Abgaben, Gebühren und Steuern im Bereich der Umwelt- und Klimapolitik;
- befürwortet steuerliche Anreize im Umwelt- und Klimabereich;

Das bringt mir:

- als Bürger weniger Ideologie und Panikmache sowie tiefere Kosten;
- als Familie eine intakte und saubere Umwelt, auch für unsere Nachkommen;
- als Investor mehr Planungssicherheit und weniger Bürokratie bei der Realisierung von Projekten;
- als Gewerbetreibenden und Bauer weniger Auflagen und mehr Freiraum in meiner unternehmerischen Tätigkeit.

Medien

Mehr Vielfalt, weniger Staat

Unabhängige, freie Medien (Presse, Radio, Fernsehen, Internet, Social Media) sowie der Wettbewerb zwischen den einzelnen Medienanbietern garantieren eine lebendige und funktionierende Demokratie. Staatliche Beeinflussung wie auch übermässige Regulierungen sind Gift für die Freiheit und Meinungsvielfalt und führen zu einem Monopol. Mehr Wettbewerb, eine enge Definition des Service Public, mehr Transparenz und weniger gesetzliche Fesseln für private Anbieter prägen eine freiheitliche Medienpolitik.

Direkte und indirekte staatliche Medienförderung nimmt zu

Die Medienlandschaft verändert sich laufend und mit ihr auch die Gewohnheiten der Medienkonsumenten. An Beliebtheit gewinnende Gratisangebote im Print- und Internetbereich sorgen dabei nicht nur für mehr Vielfalt und Wettbewerb, sondern bedrängen gleichzeitig auch die traditionellen Medienprodukte. Zeitungen verlieren Inserate und Leser und damit Geld. Interessant ist, dass es jene Medien besonders trifft, die von sich behaupten, als «Qualitätsmedien» unterwegs zu sein.

Diese Entwicklung nennt sich «Marktwirtschaft». Wenn es günstigere, bessere oder informativere Medienangebote gibt, wechseln die Kunden. Daran ändern auch grosszügig ausgeschüttete Subventionen und Fördermassnahmen nichts. Diese führen im Gegenteil zu höherer staatlicher Abhängigkeit und damit letztlich sogar zu einer Verringerung der Medienvielfalt, da viele Anbieter getreu dem Motto «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing» die Botschaft ihres Gönners ungefiltert und unkritisch weitergeben und damit zu einem staatlichen Medienorgan werden.

Missbrauch des Begriffs «Service Public»

Diese Entwicklung ist aber nicht nur im Printbereich mit der nicht mehr zeitgemässen Presseförderung zu beobachten, sondern vor allem im Fernseh- und Radiobereich. Der Quasi-Monopolist SRG steht dort aufgrund diverser Gesetzesrevisionen praktisch ohne Konkurrenz da. Die Schweizerinnen und Schweizer zahlen wohl die weltweit höchsten Radio- und Fernsehgebühren. Unter dem schwammigen Oberbegriff «Service Public» wurden der Radio- und Fernsehbereich massiv ausgebaut. Jede Nische wurde mit einem Spartenprogramm besetzt, jede noch so kleine Zielgruppe durch Angebote abgeholt. Im Zusammenhang mit der «No Billag»-Abstimmung versprach die SRG im Jahr 2018, ihr Angebot und die Kosten zu senken. Passiert ist wenig.

Im Gegenteil: Die SRG breitet sich immer mehr im Internet aus. Doch da gibt es bereits so viele private Anbieter, dass es gar keinen staatlich geförderten Anbieter braucht.

Für mehr Freiheit und Unabhängigkeit im Medienbereich

Eine vielfältige und unabhängige Medienlandschaft ist zentral für eine funktionierende Demokratie. Ein neues Mediengesetz, welches staatliche Förderungen von Medien zementiert, ja sogar ausbaut, lehnt die SVP ab. Staatliche Medienförderungsmassnahmen sind vielmehr aufzuheben und nicht noch auszubauen. Der über Jahre praktizierte Missbrauch des Begriffs «Service Public» ist zu beheben. Mit einer engen Definition soll ein SRG-Grundangebot in den Sprachregionen, namentlich im Informationsbereich, sichergestellt werden. Die restlichen Programme und Themen sind dem freien Markt zu überlassen.

Radio- und TV-Gebühren auf maximal 300 Franken senken

Damit könnten die Radio- und Fernsehgebühren auf maximal 300 Franken jährlich zurückgefahren werden. Die Unternehmen sollen gänzlich davon befreit werden. Öffentlich-rechtliche Sender sollen weiterhin Gebührengelder bekommen, Werbung soll ihnen aber nicht mehr erlaubt sein. Diese ist den privaten Anbietern vorbehalten, die im Gegenzug aber keine Gebührengelder bekommen sollen. Die Verwendung von Geld aus dem Gebührentopf für immer neue Bedürfnisse, etwa zur Finanzierung der SDA, aber auch die geplante staatliche Unterstützung von Internet-Zeitungen, ist zu verhindern. Hier spielt der Markt heute schon ohne Förderung.

Mehr Transparenz, mehr Freiheit

Durch mehr Transparenz in der Rechnungslegung der SRG und mit der Beschränkung des Grundangebots auf den Informationsbereich bei Radio und Fernsehen, könnten die staatlichen Medienabgaben massiv reduziert werden. Das Ganze würde dabei ohne Abstriche an der Themenauswahl, ohne Qualitätsverlust, mit mehr Freiheit und weniger staatlichem Einfluss erfolgen – für eine unabhängige, lebendige und starke Demokratie.

Die SVP ...

- begrüsst eine unabhängige und vielfältige Medienlandschaft;
- verlangt eine Beschränkung des von Gebührengeldern finanzierten Service Public auf Leistungen, die zwingend bereitgestellt werden müssen und nicht von Privaten erbracht werden können. Damit soll namentlich ein Grundangebot im Bereich der Information in den vier Landessprachen sichergestellt werden;
- fordert eine Senkung der Empfangsgebühren auf maximal 300 Franken jährlich. Unternehmen sollen davon befreit werden;
- bekämpft die Ausdehnung der staatlichen Förderung auf die SDA sowie auf private Online-Newsportale und weitere Medien;
- setzt sich ein für das duale System (Gebühren für die öffentlich-rechtlichen Sender, Werbung für die Privaten);
- wehrt sich gegen die absolute Monopolstellung der SRG und unterstützt die Verbreitung von alternativen, ungefilterten und privaten Kommunikationskanälen.

- fordert, dass die Revision der SRG-Konzession sistiert und die bestehende SRG-Konzession bis 2020 verlängert wird;
- bekämpft die Verbreitung einseitiger Behördenpropaganda;
- lehnt selektive Werbeverbote ab. Alle Produkte, die legal erhältlich sind, sollen beworben werden dürfen.

Das bringt mir:

- als Konsument mehr Auswahl und bessere Programme bei tieferen Gebühren;
- als mündigem Bürger und Wähler weniger staatliche Bevormundung und Beeinflussung;
- als Medienschaffendem weniger Einflussnahme durch den Staat, mehr Freiheit und Unabhängigkeit;
- als Unternehmer vernünftige Werbemöglichkeiten für meine Produkte zu besseren Konditionen und keine Radio- sowie TV-Gebühren mehr im Unternehmen.

Internet und Digitalisierung

Für ein freies Internet

Schlagworte wie «Industrie 4.0» oder das «Internet der Dinge» prägen die Diskussion. Von Robotern über Drohnen bis zu selbstfahrenden Autos kommen viele neue Errungenschaften auf uns zu, die nach einer gesetzlichen Regelung rufen. Es geht dabei um die Sicherheit, um Versicherungs- und Vertragsfragen, Urheberrechte, Datenschutz und Missbrauchspotenzial. Angesichts der zahlreichen offenen Fragen besteht jedoch die Gefahr, dass das Internet überreguliert wird.

Die Internetnutzung nahm in den 1990er-Jahren in der Schweiz sprunghaft zu und ist seitdem weiterhin angewachsen, wenn auch ab 2000 etwas langsamer. 2017 gaben 89,6% der Bevölkerung ab 14 Jahren an, das Internet in den letzten sechs Monaten mindestens einmal genutzt zu haben. Der Anteil der regelmässigen Nutzerinnen und Nutzer, d.h. der Befragten, die das Internet täglich oder mehrmals pro Woche nutzen, lag bei 85,5%. Innerhalb von nur 20 Jahren hat sich die Internetnutzung in der Gesellschaft verbreitet.

Zwei Dinge können den Fortschritt der Digitalisierung und des Internet bremsen oder gar verhindern:

1. staatliche Überregulierung
2. fehlende mobile oder drahtgebundene Netze für die benötigten Bandbreiten

Die SVP kämpft für Rahmenbedingungen, in denen sich die digitalen Anwendungen und Dienstleistungen entwickeln können – auch in den Randregionen. Es geht dabei vor allem um moderne, sichere Netze, die grosse Datenmengen übertragen können. Solche Netze bringen der Schweiz einen Standortvorteil. Insbesondere muss die Politik alles daransetzen, dass unser Land rasch und flächendeckend mit 5G-Mobilfunknetzen erschlossen wird. Denn dieses ist die Voraussetzung für die meisten der neuen technischen und mobilen Möglichkeiten.

Daten-Bank Schweiz

Früher brachten viele Ausländer ihr Geld in die Schweiz, weil es hier sicher ist. Heute bringen sie ihre Daten in die Schweiz, weil sie hier sicher sind. Unser Land entwickelt sich aufgrund der zuverlässigen Stromversorgung, der guten Telekommunikationsnetze und hohen Sicherheit, zum erfolgreichen Datenstandort. In unserem kleinen Land lagern heute schon Milliarden von Daten aus dem In- und Ausland. Das braucht entsprechende Rahmenbedingungen für unsere IT-Branche und die Telekommunikationsanbieter.

Gefahr der Manipulation von Wahlen und Abstimmungen

Eine Ausnahme stellt das E-Voting dar, also das Wählen und Abstimmen über Internet. Hier ist die SVP konsequent dagegen. Hier können Manipulationen, auch aus dem Ausland, nie ganz ausgeschlossen und verhindert werden.

Die SVP ...

- setzt sich für ein freies und neutrales Internet ein. Staatliche Eingriffe dürfen nur im Rahmen der Kriminalitäts- und Terrorbekämpfung erfolgen;
- unterstützt den Wettbewerb im Telekommunikationsmarkt, trägt gleichzeitig aber auch Sorge zur Versorgung von Randregionen mit modernsten Kommunikationsmitteln sowie sicheren und zuverlässigen Netzen;
- fördert den raschen Ausbau des Glasfaser- und 5G-Mobilfunknetzes in der Schweiz, um den Technologievorsprung gegenüber dem Ausland weiterhin gewährleisten zu können;
- setzt sich ein für gute Rahmenbedingungen für die IT-Branche und insbesondere für den erfolgreichen Datenstandort Schweiz;
- setzt sich ein für die Gewährleistung des Datenschutzes auf hohem Niveau;
- lehnt die Einführung von E-Voting in der Schweiz ab;
- will dafür sorgen, dass der Schutz des (geistigen) Eigentums auch in der digitalen Welt gewährleistet wird;
- setzt sich dafür ein, dass nur dort, wo die Kosten und die Bürokratie für den Bürger wirklich reduziert werden können, staatliche Dienstleistungen digitalisiert werden (E-Government)

Das bringt mir:

- als Nutzer die Gewissheit, sich auch in Zukunft frei und ungefiltert im Internet bewegen zu können, solange man sich im legalen Bereich bewegt;
- als Unternehmer den Vorteil, die am Standort jeweils bestmöglichen Netze für Internet und Mobilkommunikation zur Verfügung zu haben, auch wenn man sich in einer Randregion befindet;
- als Wählerin und Wähler die Sicherheit, dass abgegebene Stimmen nicht elektronisch manipuliert werden können;

Sport

Gut für Körper und Geist

Sportliche Betätigung steht wie nur wenige andere Lebensbereiche für Freude, Leistung und Fairness. Die SVP unterstützt den Breiten-, Schul-, Jugend- und Behindertensport und ganz besonders die freiwillige, ehrenamtliche Tätigkeit in Sportvereinen sowie die leistungssportlichen Aktivitäten. Die Rahmenbedingungen für Sportvereine sind etwa durch unbürokratische, kostengünstige Nutzungsmöglichkeiten öffentlicher Infrastrukturen zu verbessern.

Sinnvolle, gesunde Freizeitgestaltung

Zahlreiche SVP Mitglieder und Sympathisanten setzen sich in der Freizeit als Trainer und Vereinsverantwortliche im Einzel- und Mannschaftssport ein. In den Vereinen und Verbänden lernen Junge schon frühzeitig, Verantwortung und Führungsfunktionen zu übernehmen sowie im Team Erfolg zu haben. Der Sport bildet eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung und wertvolle Lebensschule. Er fördert Leistungs- und Durchhaltewillen und bringt manche Jugendliche von der Strasse weg. Damit sinkt ihr Risiko, in die Drogensucht oder gar in die Kriminalität abzugleiten.

Sport in der Schule

Der Schulsport bietet Abwechslung zum sitzenden, kopflastigen Schulunterricht, der Breiten- oder Leistungssport einen Ausgleich zum Berufsalltag. Abgesehen vom Schulunterricht und den Infrastrukturen ist der Sport jedoch keine primäre Staatsaufgabe.

Spitzensport motivierend für Breitensport

Höchstleistungen von Spitzen- und Leistungssportlern motivieren die Jugend und breite Bevölkerungskreise zur sportlichen Betätigung. Sportliche Talente sollen durch ein Ausbildungsangebot gefördert werden, welches die schulische und/oder berufliche Ausbildung mit einem professionellen sportlichen Training verbindet.

Die SVP setzt sich ein für Fairness und bekämpft Spielmanipulationen, Doping und Gewalt.

Die SVP ...

- begrüsst sportliche Betätigung zur Förderung von Freude, Leistung und Fitness
- anerkennt den Schulsport als wichtigen körperlichen Ausgleich zur kopflastigen Ausbildung;
- verlangt eine angemessene Unterstützung von Sport- und Klassenlagern;
- sieht mit Sorge, dass selbst Kleinstanlässen mit Auflagen und übertriebener Bewilligungspraxis grosse Hindernisse in den Weg gelegt werden;

- unterstützt den Breitensport für die Gesundheitsprävention und die soziale Integration;
- fordert unbürokratische und kostengünstige Nutzungsmöglichkeiten bestehender öffentlicher Infrastrukturen (Sportplätze, Hallen usw.) für die wichtige Arbeit der Sportvereine;
- setzt sich ein für die in den Vereinen und der Organisation von Sportanlässen geleistete Freiwilligenarbeit;
- bekennt sich zum Spitzensport und dessen Vorbildwirkung für Jugend und breite Bevölkerung;
- steht ein für Fairness und bekämpft Doping, Wettbetrug und Gewalt in der Sportwelt.

Das bringt mir:

- als Freizeitsportler die Möglichkeit zu sportlicher Betätigung mit der jeweils nötigen Infrastruktur;
- als Spitzen- und Leistungssportler eine professionelle Ausbildung und Förderung;
- als Mitarbeitender eines Vereins oder Verbands die Möglichkeit, mich aktiv für die Interessen des Sports einzusetzen;
- als Eltern die Gewissheit, dass die Kinder in der Schule oder in Vereinen sportlich gefördert werden und nicht auf der Strasse herumlungern.

Kultur

Kultur ist keine Staatsaufgabe

Kultur ist der facettenreiche Ausdruck einer vielfältigen Gesellschaft. Der Antrieb für kulturelle Aktivitäten kommt seit je von Menschen. Kultur ist damit vorab Ausdruck privater Initiative. Staatlich geförderte Kultur läuft immer Gefahr, dass sie dem Zeitgeist und den persönlichen Präferenzen der Kulturbürokraten huldigt, statt länger gültige, über die Tagesaktualität hinausgehende Werte zu schaffen. Staatliche Kulturpolitik darf darum das private Angebot höchstens ergänzen und soll föderal ausgestaltet sein.

Keine verordnete Staatskultur

Je mehr die Staatskultur wächst, desto mehr geht die gelebte Volkskultur verloren. Staatliche Kulturpolitik führt oft dazu, dass die politischen Entscheidungsträger jene Kultur unterstützen, die ihnen politisch am besten passt. Damit steigt die Gefahr, dass es zu Begünstigung und Mauscheleien kommt. Oder aber die Kulturpolitik wird zur Förderung mit der Giesskanne. So oder so ist Kultur Geschmackssache. Hier hat der Staat kaum etwas verloren. Die SVP tritt dafür ein, dass die Kulturbürokratie auf allen Staatsebenen gestrafft wird. Das Einsparpotential im Bereich Kulturförderung dürfte mehrere hundert Millionen Franken pro Jahr betragen.

Mehr Geld – mehr Abhängigkeit

Der Kulturbotschaft, welche die Leitlinien für die Kulturpolitik des Bundes vorgibt, kann man entnehmen, in welche zentralistische und staatsgläubige Richtung sich die Kulturförderung des Bundes weiterbewegen soll. Die Bundesausgaben für die Kultur fördern die Begehrlichkeiten und Ansprüche an den Staat, schaffen Abhängigkeiten, wo doch Kulturschaffende unabhängig, durch Eigeninitiative und Leidenschaft getrieben, eine Kultur der Vielfalt leben sollten. Die SVP lehnt die nationale Kulturpolitik ab, welche sogar die Inhalte der kantonalen und kommunalen Kulturpolitik aufeinander abstimmen will. Die Teilnahme der Schweiz an geldverschwendenden EU-Kulturprogrammen wird von der SVP abgelehnt.

Eigeninitiative schafft Kultur

Kultur ist nach Ansicht der SVP grundsätzlich weder eine Angelegenheit des Bundes noch der Kantone noch der Gemeinden. Kultur ist Sache der Kulturinteressierten. Der Staat soll gegenüber der Eigeninitiative und der privaten Förderung nur subsidiär wirken. Öffentliche Unterstützung der einen Projekte heisst zugleich immer Diskriminierung aller nicht geförderten Projekte. Deshalb kämpft die SVP einerseits gegen die sich ausweitende Kulturbürokratie und andererseits gegen die einseitig politisch getriebene Förderung im Rahmen der heutigen Kulturpolitik.

Gelebte Kultur heisst Vielfalt

Unter Kultur verstehen wir ganz allgemein das, was die Menschen durch ihr Handeln hervorbringen. Kultur bedarf zu ihrer Erhaltung der Pflege. Gerade der freiheitliche, föderalistische Staat sollte das Ziel haben, ein geistiges Klima zu schaffen, das eine kulturelle Vielfalt ermöglicht. Die aktuelle Kulturpolitik macht leider das Gegenteil. Kulturpolitik darf nicht die Einheitlichkeit anstreben, sondern muss Vielfalt zulassen.

Erfolg soll jene Kultur haben, die dem Publikum gefällt

Die Kultur hat durchaus auch mit Marktwirtschaft und den Gesetzen von Angebot und Nachfrage zu tun. Eine Produktion, die am Publikum vorbeizieht, macht keinen Sinn. Kommerziellen Erfolg soll jene Kultur haben, die dem Publikum gefällt. Die Staatskultur verzerrt diesen Wettbewerb und fördert politisch und ideologisch motivierte Projekte. So wird heute unsere Volkskultur kaum staatlich gefördert. Sie lebt vom freiwilligen Einsatz und vom Beitrag von Einzelnen, Vereinen oder Stiftungen.

Kultur schafft Zusammengehörigkeit

Laientheater, Laienorchester, Gesangsvereine, Musikverbände, Jodelclubs, Trachtengruppen bis hin zu Guggenmusiken und Rockbands: Sie alle streben weniger nach dem Lob der Kunstkritiker als vielmehr nach dem, was Kultur im Wesen ausmacht, nämlich dem Bedürfnis, etwas gemeinsam mit Herzblut zu schaffen, das einem selber und dem Publikum Freude macht. Diese Form der Kultur braucht auch keine Subventionen, dafür umso mehr Anerkennung und eine faire Ausgangslage. Dies ist auch der Kern unserer Milizkultur. Dies gilt es zu unterstützen.

Die SVP ...

- fordert die Beendigung der Kulturförderung nach dem Giesskannenprinzip;
- verlangt, dass überkommene Kulturstrukturen, wie z.B. die Theaterhäuser, den heutigen Bedürfnissen angepasst und reduziert werden;
- lehnt eine weitere Zentralisierung der Kulturpolitik im Rahmen einer nationalen Kulturpolitik ab;
- fordert die steuerliche Begünstigung bzw. Steuerbefreiung von privaten Kulturstiftungen und Spenden sowie gesetzliche Erleichterungen zur Errichtung von Stiftungen;
- will, dass sich die Museumslandschaft am Publikum orientiert und so einen möglichst hohen Eigenfinanzierungsgrad erreicht;
- steht für eine Volkskultur in Vereinen und privaten Strukturen ein, die nicht vom Staat abhängig ist, sondern aus Eigeninitiative in Eigenverantwortung lokale und nationale Kultur von Bürgern für Bürger schafft;
- setzt sich dafür ein, dass private Kulturvereine möglichst einfach und kostengünstig öffentliche Infrastrukturen nutzen können;
- verlangt, dass die heimische traditionelle Kultur gegenüber internationalen und bürgerfernen Prestigekulturprojekten bevorzugt wird;
- wehrt sich gegen die geldverschwenderische Teilnahme an bürger- und wirtschaftsfernen EU-Kulturprogrammen.

Das bringt mir:

- als kulturinteressiertem Menschen ein vielfältiges statt einfältiges Angebot;
- als Kulturschaffendem mehr Freiraum und Schutz vor staatlicher Einflussnahme und Monopolisierung;
- als Volksmusiker oder Laiendarsteller gleich lange Spiesse im Kulturwettbewerb.

Bildung

Abgehobene Reformen stoppen, zurück zur praxisorientierten Bildung

Ein leistungsfähiges Bildungswesen ist die Grundlage für Entwicklung und Wohlstand der Schweiz. Im Zentrum steht das Wohl des Kindes sowie seine ganzheitliche Entwicklung und Förderung zu einer sich selbst - und gegenüber anderen - verantwortlichen Person. Die SVP unterstützt ein qualitativ hochstehendes, effizientes und leistungsorientiertes Bildungswesen. Die Schule ist konsequent auf die Praxis auszurichten, indem sie auf die Förderung von Kopf, Herz und Hand setzt. Die Qualität hängt nicht nur vom Einsatz öffentlicher Finanzen, sondern von starken Lehrerpersönlichkeiten ab. Das duale Berufs-Bildungssystem ist zu stärken.

Die SVP steht dafür ein, dass Erziehung grundsätzlich Sache der Eltern und Bildung Sache der Schule ist, wie es die Bundesverfassung bestimmt.

Das Bildungswesen hat sich an der Praxis der Arbeitswelt auszurichten. Wenn es mehr Ärzte, Informatiker, Ingenieure und technische Berufsleute braucht, sind diese in der Schweiz auszubilden. Wenn die Unternehmer und weiterführenden Schulen die fehlenden Grundkenntnisse der Schulabgänger bemängeln, muss sich die Volksschule wieder auf regionale Landessprache, Mathematik und Naturwissenschaften konzentrieren und dafür auf zwei Fremdsprachen in der Primarschule, ideologischen Gender- und Sexualkundeunterricht sowie wirtschaftsfeindlichen Ökologie- und Konsumentenschutzunterricht verzichten. Zahlreiche Bildungsexperimente der letzten Jahre, z.B. Therapeutisierung, integrativer Unterricht, Teamteaching, Kompetenzorientierung, vor allem aber lautgetreues Lesen und Schreiben, «Bologna», «HarmoS» und der Lehrplan 21, haben anstatt grössere Praxisorientierung mehr Bürokratie, Zentralismus und Akademisierung gebracht. Sie haben zu einer massiven Verteuerung des Bildungssystems und vielerorts zu einer «Aufblähung» des Verwaltungsapparats (Personalaufstockung), ohne entsprechenden Nutzen, geführt.

Leistungsorientierung

Die Bejahung von Leistung muss Teil des Schulalltages sein. Die Hoheit der Kantone über die Volksschule ist ein Grundpfeiler unseres Bildungswesens. Die Kantone und damit die Bürgerinnen und Bürger müssen direktdemokratisch ihr Schulwesen selber bestimmen können. Die kantonalen Lehrpläne müssen klare und verbindliche Lernziele vorgeben. Leistung und Qualität sind auf jeder Schulstufe zu fordern und zu fördern. Ohne Ordnung, Disziplin und Leistungswille gibt es keinen Erfolg. Leistungsbeurteilungen haben in Form von Noten, Verhaltensbeurteilungen mit schriftlichen Bewertungen zu erfolgen. Das Zeugnis muss für Eltern und Lehrbetriebe übersichtlich, aussagekräftig und informativ sein.

Stärkung des Lehrerberufs

Die Lehrer müssen weiterhin gestärkt und mit Methodenfreiheit ausgestattet werden. Es ist in der Primarstufe zum bewährten Klassenlehrersystem zurückzukeh-

ren. Lehrerinnen und Lehrer sollen ihre volle Kraft und Zeit prioritär für den Unterricht und die Kinder aufwenden, nicht für «Schulentwicklung», Administration und «Coaching». Die SVP setzt sich für die Autonomie der Schulen vor Ort gegenüber den kantonalen Verwaltungen ein. Die Eigenständigkeit und die Vielfalt der Schulen soll von der kantonalen Verwaltung respektiert und gewährt werden.

Berufslehre und technische Berufe stärken

Durch die gezielte Förderung des dualen Systems sollen die Vorteile der Berufslehre stärker hervorgehoben werden und dazu führen, dass in Zukunft wieder mehr Jugendliche eine praxisorientierte Berufslehre absolvieren. Hohe Maturitätsquoten sind nur Zeichen der Gleichmacherei und letztlich der Nivellierung nach unten. Die Berufsbildung ist nachweislich bester Garant für eine tiefe Jugendarbeitslosigkeit und gewährleistet die notwendige Verbindung zwischen Wirtschaft und Bildung. Die SVP bekämpft deshalb die fortschreitende Akademisierung der Bildung. Sie setzt sich dafür ein, dass zum Beispiel Primarlehrkräfte keine Masterausbildung, Hebammen, Pflegefachpersonen, Kindergärtnerinnen keine Hochschulbildung brauchen und es keine Dokortitel an den Fachhochschulen gibt.

Forschung für Spitzenleistungen

Forschung soll nicht Selbstzweck sein, sondern ergebnis- und anwendungsorientiert im Wettbewerb mit den Besten erfolgen. Die Schweizer Universitäten und die ETHs müssen den Schwerpunkt auf die Vermittlung theoretischer Kenntnisse, auf wissenschaftliches Arbeiten und auf Spitzenforschung legen. Die Studienangebote sollen vermehrt an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes ausgerichtet werden. Die SVP will keine Massenuniversitäten, sondern Universitäten der Spitzenklasse.

Kein Geld für fragwürdige Programme

Es ist stossend, wenn der Schweizer Steuerzahler die Ausbildung Tausender ausländischer Studierender finanziert, die nach dem Studium unser Land verlassen und ihre Ausbildung zum Wohl eines anderen Wirtschaftsstandortes nutzen. Deshalb sind für ausländische Studierende wesentlich höhere Studiengebühren zu erheben. Die SVP wehrt sich gegen die geldverschwenderische Teilnahme an bürger- und wirtschaftsfernen EU-Bildungs- und Forschungsprogrammen.

Die SVP ...

- setzt sich für ein qualitativ hochstehendes, effizientes und leistungsorientiertes Bildungswesen ein;
- verlangt Noten ab der ersten Klasse;
- will gescheiterte Bildungsexperimente der letzten Jahre rückgängig machen (z.B. integrativer Unterricht oder lautgetreues Schreiben);
- bekämpft die Pathologiesierung der Schülerinnen und Schüler. Der Gesamtanteil an Förderunterricht ist zu reduzieren;
- fordert gewalt- und drogenfreie Schulen. Der Gewalt- und Suchtprävention in der Schule ist der notwendige Stellenwert einzuräumen;
- steht für politisch ausgewogenen Unterricht sowie die Vermittlung und den Erhalt von schweizerischen, kulturellen Werten und Traditionen an den öffentlichen Schulen;

- verlangt, dass die heutige Landeshymne beibehalten und an den öffentlichen Schulen gelehrt wird;
- bekämpft die Jugendarbeitslosigkeit mit einer Stärkung der praxisorientierten Berufslehre;
- will, dass die Maturandenquote nicht künstlich erhöht wird und die Eintrittsprüfungen an Mittelschulen bestehen bleiben;
- fordert periodische Überprüfungen und notwendige Anpassungen des Bologna-Systems bezüglich der Abschlüsse, der Attraktivität und der Arbeitsmarktfähigkeit;
- verlangt Anreize für Studiendarlehen anstelle von Stipendien und will, dass bei Studienabbruch die Stipendien konsequent zurückgefordert werden;
- will den Ausbau der Fachhochschulen zu «kantonalen Universitäten» und damit Doppelspurigkeiten verhindern (keine Masterstudiengänge, keine Doktorarbeiten an Fachhochschulen);
- fordert, dass alle Dozenten, die an den Pädagogischen Hochschulen angehende Lehrpersonen ausbilden, selber mindestens drei Jahre als Klassenlehrpersonen tätig waren;
- verlangt, dass private Bildungsträger, namentlich im Bereich der Weiterbildung, nicht staatlich konkurrenziert werden.

Das bringt mir:

- als Schüler und Student eine praxisnahe Ausbildung und gute Chancen im Arbeitsmarkt;
- als Eltern die Gewissheit, dass meine Kinder in der Schule auf die Herausforderungen des Berufslebens vorbereitet werden;
- als Lehrer die Möglichkeit, mich auf die Vermittlung von Wissen zu konzentrieren, statt mich mit administrativem Leerlauf abzumühen;
- als Lehrmeister Lehrlinge, die mit einem soliden Bildungsrucksack aus der Volksschule kommen;
- als Personalchef gut ausgebildete Berufsleute aus der Schweiz.

Religion

Zu unseren Werten stehen

Die Schweiz basiert auf einem christlich-abendländischen Kultur- und Wertefundament. Es ist die Basis unserer Identität und unseres Zusammenlebens. Nicht ohne Grund trägt unser Land ein Kreuz im Wappen und unsere Landeshymne verweist auf Gott. Die Glaubens- und Gewissensfreiheit erlaubt allen Bürgern die freie Wahl ihres Glaubens, solange dieser nicht im Widerspruch steht zur schweizerischen Rechtsordnung.

Die eigenen Wurzeln erhalten

Die Entflechtung von Kirche und Staat darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein christlich geprägtes Gesellschafts- und Menschenbild für die Kultur und die Politik der Schweiz von grosser Wichtigkeit ist. Der Verlust dieser Wurzeln und Werte wäre verheerend. Gerade die individuelle Freiheit ist eine Folge des christlichen Menschenbildes. Die Entwicklung der Demokratie aus antiken Vorstellungen ist nur mit dem Übergang zur Selbstverantwortung zu verstehen. Weiter ist die protestantische Arbeitsethik Grundlage einer unternehmerischen und leistungsorientierten Gesellschaft. Aus den christlich-abendländischen Grundlagen schöpfen wir vernünftiges Denken, Kreativität und Innovation. Denn Unternehmertum und Fortschritt wurzeln in tätiger Hoffnung auf eine prosperierende Zukunft. Aber auch der katholische Subsidiaritätsgedanke und die Betonung des Werts des Individuums innerhalb der Schöpfung waren und sind für die Schweiz und den Schweizer Föderalismus prägend. Probleme sollen in Eigenverantwortung und möglichst von den Betroffenen selber gelöst werden.

Ausbreitung des Islams kritisch verfolgen

Auch Toleranz und Offenheit zählen zum christlichen Erbe. Dies soll uns aber nicht aus falsch verstandener politischer Korrektheit daran hindern, den Islam genau und kritisch zu beleuchten. In der Schweiz leben weit über 400'000 Angehörige muslimischen Glaubens. Gewiss sympathisiert nur eine kleine Minderheit mit islamistischem Gedankengut. Doch die muslimischen Zuwanderer stammen oft aus Ländern, in denen keine demokratische Rechtsordnung herrscht. Sie bringen dadurch teilweise Vorstellungen über Recht und Ordnung oder die Stellung der Frau mit, die mit unserem Rechtssystem und unseren demokratischen Spielregeln nicht vereinbar sind. Radikalisierungs- und Abschottungstendenzen sind ein nicht zu unterschätzendes Problem. Gleichzeitig werden Forderungen islamischer Gemeinschaften laut, als öffentlich-rechtliche Körperschaften anerkannt zu werden oder ihre Geistlichen an unseren Universitäten ausbilden zu lassen. Diesen Herausforderungen darf nicht blauäugig begegnet werden. Aus Sicht der SVP ist die offizielle Anerkennung des Islams kein gangbarer Weg, da er unweigerlich zu weitreichenden Forderungen seitens der islamischen Gemeinschaft führen wird.

Glaubens- und Gewissensfreiheit hochhalten

Unsere geistigen, historischen und kulturellen Wurzeln müssen erhalten bleiben und gepflegt werden. Aufgabe der Kirchen ist es, den Menschen durch Verkündigung und Seelsorge Halt und echte Lebenshilfe zu bieten. Die Kirchen leisten damit einen wesentlichen Beitrag an eine solidarische Schweiz. Weder eine Partei noch der Staat soll Menschen auf religiöse Überzeugungen verpflichten oder ihnen einen bestimmten Glauben vorschreiben. Unsere Glaubens- und Gewissensfreiheit erlaubt allen Einwohnern freies Denken, Schreiben, Sprechen – und Bekennen. Kirchen und Religionsgemeinschaften geniessen darum im Rahmen der Verfassung Freiheit der Verkündigung und Freiheit für die kirchliche Tätigkeit. Diese Toleranz findet aber da ihre Grenzen, wo Religionsgemeinschaften ihrerseits die Toleranz verachten oder gar bekämpfen. Darüber hinaus versteht sich von selbst, dass im Rahmen von offiziellen staatlichen Feierlichkeiten christliche Riten und Symbole als Verweis auf unser christliches Erbe dazugehören dürfen.

Einhalten unserer Regeln einfordern

Genau wie wir uns als Gäste in anderen Staaten den dortigen Regeln anpassen, müssen wir in der Schweiz konsequent auf die Einhaltung unseres Rechts und unserer Sitten bestehen. Parallelgesellschaften mit eigenem Rechtssystem dürfen nicht geduldet werden. Unsere freiheitliche Rechtsordnung darf sich unter keinen Umständen der Scharia beugen. Unsere Gerichte dürfen einen islamischen Kulturhintergrund keinesfalls zur Strafmilderung heranziehen. Die Duldung oder gar Beförderung von Praktiken wie Zwangsheirat, Ehrenmorden, Blutrache, weiblicher Genitalbeschneidung, Eheschliessung mit Minderjährigen oder Vielehen ist hierzulande absolut inakzeptabel. Unser Rechtsstaat hat die Pflicht, die integrale Achtung unserer Rechtsordnung auch von Einwanderern einzufordern und die Gewährung jeder auch noch so geringfügig scheinenden Konzession zu vermeiden.

Keine Duldung von Parallelgesellschaften

Das Rechtswesen hat mit geeigneten Massnahmen dafür zu sorgen, dass sich beispielsweise das Problem mit dem Islamismus nicht weiter verschärft. Es ist klarzumachen, dass unsere Regeln für alle Angehörigen von Religionsgemeinschaften gelten und jeder sich anpassen muss, der hier leben will. Die Gleichheit vor dem Gesetz gilt immer. Darum sind etwa Dispensation vom Schwimmunterricht, der Anspruch auf besondere Grabregeln auf öffentlichen Friedhöfen oder der Verzicht auf das Singen von Weihnachtsliedern im Kindergarten nicht zulässig. Auch ist die schleichende Ausbreitung von Scharia-Gepflogenheiten parallel zu unserem Rechtsstaat vehement zu unterbinden. Wer nicht vorbehaltlos zu unseren freiheitlich-demokratischen Grundrechten steht, darf nicht eingebürgert werden. Wer sich aktiv unserer Wertordnung widersetzt und nicht Schweizer Bürger ist, soll ausgewiesen werden.

Die SVP...

- steht zum christlich-abendländischen Fundament unseres Staatswesens, unserer Rechtsordnung und unserer Kultur;
- fordert, dass Kreuze als Symbole unserer christlich-abendländischen Kultur und unserer Religion auch im öffentlichen Raum respektiert und toleriert werden;

- lehnt religiös motivierte Sonderrechte ab, welche im Widerspruch zu unserer Rechtsordnung stehen;
- fordert ein Verbot der Gesichtsverschleierung bei Tätigkeiten im öffentlichen Dienst, etwa im Gesundheitswesen, bei der Polizei, an öffentlichen Schaltern oder in Lehrberufen;
- verlangt, dass alle Schülerinnen und Schüler an öffentlichen Schulen ohne Kopfbedeckung erscheinen;
- unterstützt die Initiative für ein Verbot der Gesichtsverschleierung;
- lehnt jeden Anspruch auf besondere Grabregeln auf öffentlichen Friedhöfen ab;
- widersetzt sich besonderen Feiertagsregelungen für nicht anerkannte Glaubensgemeinschaften;
- will, dass alle Schülerinnen und Schüler die obligatorischen Schulfächer besuchen;
- verlangt die bedingungslose Durchsetzung des vom Volk beschlossenen Minarett-Verbots;
- will, dass Schweizer Bürger, die im Ausland als Terroristen oder Dschihadisten aktiv gewesen sind, bei der Rückkehr in der Schweiz hart bestraft werden;
- fordert, dass Ausländer oder Schweizer Doppelbürger, welche als Terroristen oder Dschihadisten aktiv sind, ihren Aufenthaltsstatus bzw. die Schweizer Staatsbürgerschaft per sofort verlieren und ausgewiesen werden;
- lehnt die Anerkennung nicht-westlicher Religionsgemeinschaften als öffentlich-rechtliche Körperschaften und die staatliche Ausbildung Geistlicher dieser Religionsgemeinschaften ab.

Das bringt mir:

- als Gläubigem die Freiheit zur Ausübung meiner Religion;
- als Eltern die Gewissheit, dass sich meine Kinder auch in der Schule an christlich-abendländischen Werten orientieren können;
- als Lehrer Klarheit über den Besuch des Unterrichts durch meine Schüler;
- als Bürger Schutz vor Gewalt und öffentlicher Aufwiegelung zum Hass.

Mensch, Familie, Gemeinschaft

Eigenverantwortung statt Bevormundung

Die SVP befürwortet das Streben jedes Menschen nach Glück und Zufriedenheit. Individuelle Entscheide müssen in Selbstverantwortung geschehen; es darf nicht sein, dass am Schluss der Staat über das Gelingen oder Scheitern von privaten Lebensentwürfen entscheidet. Die Familie muss auch in Zukunft ihre Rolle als tragende Säule der Gesellschaft spielen. Dazu braucht sie grosse Freiräume und möglichst wenig Eingriffe des Staates.

Keine Verstaatlichung der Familie

Der Staat greift zunehmend in die Familiengestaltung ein, indem er gewisse Familienformen bevorzugt. So diskriminieren etwa staatliche Subventionen und Steuererleichterungen für Krippenbetreuung die traditionelle Familie. Der Staat interveniert auch dort, wo die Gesellschaft problemlos funktioniert, und zahlt zum Beispiel an Kinderkrippen für Eltern, die dies finanziell nicht nötig haben. Immer mehr Lebensformen sollen der Ehe rechtlich gleichgestellt werden. Der Verdacht liegt nahe, dass diese Massnahmen beitragen sollen, die Gesellschaft zu verändern. Der Staat mischt sich so immer mehr in die Erziehung der Kinder ein, anstatt sich auf seinen Bildungsauftrag zu beschränken.

Schule wird missbraucht

Aufgrund vermeintlicher Missstände wird gerne die Schule zur Problemlösung herangezogen, sei dies im Bereich der Sexualerziehung, im Umgang mit Medien und Konsum oder bei der „politischen Bildung“. Ein freiheitliches Verständnis geht davon aus, dass Eltern die Verantwortung für die Erziehung ihrer Kinder tragen und Lehrpersonen diese Themen und Bereiche selber in Eigenverantwortung in den Unterricht einbauen können.

Gleichmacherei

Die geplanten Reformen des Ehe- und Familienrechts führen zu Beliebigkeit und Unverbindlichkeit. Die Ehe zwischen Mann und Frau soll geschwächt werden, indem dieser Verbindung alle möglichen Formen des Zusammenlebens gleichgestellt werden. So wird beispielsweise die Gleichstellung von Polygamie (Vielehe) diskutiert. Die bereits anerkannte und der Ehe rechtlich gleichgestellte gleichgeschlechtliche Partnerschaft soll als Ehe gelten. Des Weiteren will man Mechanismen einrichten, wonach das Zusammenleben von Erwachsenen mit Kindern nach einer gewissen Zeit automatisch als Familie gilt. Dem Missbrauch und der Willkür wird damit Tür und Tor geöffnet. Probleme beim Erbrecht, bei den Sozialversicherungen, beim Scheidungsrecht, beim Unterhalt oder beim Steuerrecht sind vorprogrammiert.

Solche Reformen führen nicht zu einer liberalen Gesellschaft, sondern zu einer Verstaatlichung des Privatlebens. Sie bedrohen wichtige gesellschaftliche Zellen wie die Familie, Vereine, Stiftungen, Kirchen, Nachbarschaften sowie Dorf- und Quartiergemeinschaften, die unabhängig vom Staat existieren.

Freie Meinungsäußerung ohne Maulkorb

Die 1994 vom Volk knapp akzeptierte Rassismus-Strafnorm hat sich wie befürchtete nicht bewährt und ist abzuschaffen. Die sich stets ausweitende Gerichtspraxis zeigt die Absurdität dieser Strafnorm. Der Rückgriff aufs Strafrecht, um Meinungen zu verurteilen oder jene einzuschüchtern, die diese vertreten, ist zutiefst undemokratisch. Eine Demokratie ist noch nie an zu viel Meinungsäußerungsfreiheit gescheitert – aber an zu wenig.

Familien stärken

Die Familie und mit ihr die Ehe zwischen Mann und Frau bilden die Grundlage unserer Gesellschaft. Eltern und Kinder verdienen den besonderen Schutz des Staates. Elternpaare oder Alleinerziehende tragen die Verantwortung für die Erziehung und Entwicklung ihrer Kinder und geben ihnen Liebe und Geborgenheit. Dabei lernt das Kind Hilfe und Rücksichtnahme sowie die Fähigkeit, Konflikte auszutragen.

Mehr Wertschätzung für ehrenamtliche Arbeit

Wertvolle Arbeit wird nicht nur am bezahlten Arbeitsplatz geleistet, sondern Tag für Tag auch im privaten Kreis, sei es in Form von Nachbarschaftshilfe, Pflege von Angehörigen oder der Betreuung der Kinder. Diese Arbeit wird mehr und mehr abgewertet und mit dem Schlagwort Professionalisierung an den Rand gedrängt. Staatliche Institutionen wie Kinderkrippen oder Mittagstische können die elterliche Liebe und Fürsorge nicht ersetzen. Die Erziehung der Kinder liegt von deren Geburt an bis zur Volljährigkeit in der Verantwortung der Eltern und kann nicht an den Staat delegiert werden. Wichtig sind für unsere Jugend neben guten beruflichen Entwicklungs-, Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten auch ein Umfeld, das ihnen Wertschätzung entgegenbringt und in dem sie ihre Persönlichkeit weiterentwickeln können. Die SVP unterstützt daher auch Vereine und Jugendverbände als wichtige Träger für eine sinnvolle Lebens- und Freizeitgestaltung und würdigt die Ehrenamtlichkeit.

Kein Kampf zwischen den Geschlechtern

Männer und Frauen sollen einander ergänzen. Nicht das Geschlecht, sondern einzig die Eignung soll darüber entscheiden, wer welche Funktionen oder welches Amt bekleidet. Gleiche Rechte und gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit und Leistung für Mann und Frau sind für die SVP eine Selbstverständlichkeit. Diesem Ziel dienen weder staatliche Gleichstellungsbüros noch sonstige bürokratische Regelungen wie Lohnpolizei oder Quoten. Die SVP wehrt sich gegen Gleichmacherei und setzt auf das eigenverantwortliche partnerschaftliche Engagement von Mann und Frau in Familie, Gesellschaft, Beruf und Politik.

Die SVP ...

- setzt sich für Eigenverantwortung und Selbstbestimmung der Familien ein und wendet sich gegen die zunehmende Verstaatlichung von Familien und Kindern;
- verlangt, dass die kleinste und wichtigste Zelle unserer Gesellschaft, die Familie, in Freiheit und ohne staatliche Bevormundung leben kann;

- will keine Vielehen, keine absolute Gleichstellung der gleichgeschlechtlichen Partnerschaft mit der Ehe, und keine Adoption von Kindern durch gleichgeschlechtliche Paare oder so genannte Einelternfamilien;
- ist gegen die Adoption von Kindern durch gleichgeschlechtliche Paare;
- lehnt einen staatlich diktierten Vaterschafts- oder Elternurlaub ab;
- anerkennt Frau und Mann als gleichberechtigte Partner in Beruf und Gesellschaft;
- lehnt staatliche Quotenregeln und die Ausbreitung neuer Regulierungen sowie Vorschriften unter dem Titel Genderpolitik ab;
- fordert die Abschaffung der Gleichstellungsbüros und sonstiger Ämter, die das Privatleben staatlich reglementieren und die Gesellschaft umerziehen wollen;
- will keine zentral vorgeschriebenen Tagesstrukturen, sondern sinnvolle Angebote auf der Stufe der Gemeinde, wo ein Bedürfnis besteht und die Finanzierung primär privat erfolgt;
- unterstützt das Zusammenleben in Familie, Vereinen, Nachbarschaften, Kirchen, Dorf- und Quartiergemeinschaften;
- fordert die Stärkung der Meinungsäußerungsfreiheit durch Aufhebung der Rassismus-Strafnorm.

Das bringt mir:

- als Individuum möglichst viel Freiheit und möglichst wenig staatliche Bevormundung;
- als Familie Freiraum für die eigenverantwortliche Entfaltung und Schutz vor staatlicher Einflussnahme auf die Erziehung;
- als Kind Liebe und Geborgenheit in der Familie;
- als Ledigem, dass ich nicht immer noch mehr für andere bezahlen muss;
- Gleichberechtigung in der Beziehung zwischen Mann und Frau